

Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Interessen der in der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis, durch die Post bezogen, pro Quartal 1 Mk. Anzeigenpreis die 3 gespaltene Zeile 40 Pfg. Telephon Nr. 535

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands

Schriftleitung: Duisburg, Seitenstraße 19. Schluß der Redaktion: Montag Abend 6 Uhr. Zuschriften, Abonnementsbestellungen etc sind an die Geschäftsstelle Seitenstraße 19 zu richten

Pflichten.

Einen Monat des Jahres 1911 haben wir durchlebt. Vielen mag er verflohen sein wie die Monate des alten Jahres, — ohne daß er ihnen mehr zum Bewußtsein brachte, welch reichen Inhalt das Leben hat. Andere haben ihn, angeregt und geklärt durch die Vorjähre beim Eingange ins neue Jahr, fester ins Auge gefaßt, um keinen seiner Tage zu verlieren. Die unvernünftige Welt vegetiert dahin, der Mensch kann und soll zu jedem Lebensstage ein freudiges und überzeugtes „Ja“ sagen. „Ich will leben, und bräute mir das Leben nur Leid, Arbeit und enge Pflicht. Die Naturung entfaltet unsere Körperkraft, die freiwillige Pflichterfüllung entwickelt unseren höheren Menschen. In den Ohren vieler hat das Wort „Pflicht“ einen altmodischen, spießbürgerlichen Klang, und doch steckt in ihm ein tieferer Sinn als in dem modernen, unbestimmten Worte: „Lebensbejahung“. In der Pflicht liegt die Ordnung und Regelung unseres Lebens nach den verschiedensten Richtungen hin verborgen. Ordnung ist aber die Grundlage der Harmonie, und Harmonie im Leben ist gleichbedeutend mit Zufriedenheit und Glück. —

Beim Worte „Pflicht“ darf man nicht an das „Du mußt!“ denken, das uns durch Verheißung von Lohn oder Androhung von Strafe von außen her gebieterisch bestimmt und unsern Willen in Sklavensketten legt. Die Erfüllung der Pflicht ist die Antwort auf einen Antrieb aus unserem eigenen Innern. Die Umsetzung eines energiegelassen „Ich will“ in Taten, die unsere Verpflichtung gegen uns selbst, gegen die Mitmenschen und gegen Gott von uns fordern. Das heißt: sich von innen heraus entwickeln. Das heißt: leben, das ist allein der freigeschaffene Mensch würdig.

Volkswirtschaftliche Rundschau.

In unserer letzten volkswirtschaftlichen Rundschau haben wir zum Ausdruck gebracht, daß man nach Jahreschluß einen allgemeinen Aufschwung im Wirtschaftsleben erwarte. Bis jetzt ist — um das gleich zu sagen — diese Erwartung nicht zugebrochen. Der Geldmarkt hat die erwartete Flüssigkeit nicht bekommen — wenigstens in Deutschland nicht; ebenso wenig in England. Hier hat man bereits nach Jahreschluß erwartet, daß die Bank von England ihren Diskont auf einen weiteren halben Prozent (4%) ermäßige; das hat sie nicht getan, ebenso wenig wie die Reichsbank ihren Diskontsatz herabgesetzt hat. Das abwartende Verhalten dieser beiden Geldinstitute hat seine volle Berechtigung, und das, trotzdem der Reichsbank-Ausweis eine günstige Gestaltung angenommen hat. Die Reichsbank war bei Jahreschluß mit 611,53 Millionen Markt in der Notensteuer und ist jetzt bereits ganz aus ihr heraus.

Der Reichsbankausweis für die 3. Januarwoche gibt an daß sich die steuerfreie Notenreserve von 78,57 Mill. auf 282,32 Mill. erhöht habe. Dabei ist allerdings zu beachten, daß mit 1. Januar eine Erhöhung des Notenkontingents von 472,83 Mill. auf 550 Mill. eingetreten ist. Ueber diese beiden Begriffe, Notenreserve und Notenkontingent, soll ein Artikel in der nächsten Nummer Aufschluß geben. Hier nur soviel: Die Erhöhung der steuerfreien Notenreserve bedeutet eine starke Entlastung der Reichsbank und ein Nachlassen der Spannung auf dem Geldmarkt.

Am der Börse zeigt sich die erhöhte Spekulationslust immer noch nicht. Das hängt natürlich mit der Lage des Geldmarktes eng zusammen. Wenn das Geld auch nicht rar ist, so ist der Zinsfuß doch ein solcher, daß er zu größeren Unternehmungen nicht verlockt. Wir haben schon die Gründe erörtert, die hindernd und hemmend in den Weg treten; sie haben sich seitdem nicht wesentlich geändert. Immer noch schwebt die Unsicherheit über dem Fortbestand der Stabeisenkonvention, die übrigens bald schwinden wird, denn die getroffenen Vereinbarungen haben nur bis zum 31. März Gültigkeit. Die Zweifel am Fortbestand der Konvention sind noch nicht

als abgenommen zu haben, denn wie man hört, macht sich bei vielen Händlern das Bestreben geltend, von den getroffenen Vereinbarungen, die zu Konventionspreisen erfolgt sind, wenn auch mit Bezahlung eines Reuegeldes, zurückzutreten. Der Grund ist durchsichtig, man erwartet von einer eventl. Auflösung eine schärfere Konkurrenz der Metallisten und damit einen Preisrückgang. Mit der Auflösung der Stabeisenkonvention befristet man auch eine solche der Blechkonvention.

Die Nachrichten vom amerikanischen Eisenmarkt lauten in der letzten Woche etwas günstiger. In der Börse in Deutschland hat es einen guten Eindruck gemacht, daß, wie der „Iron Age“ berichtet, die Vertreter der Stahlwerke beschlossen haben, weitere Preisnachlässe nicht zu gewähren. Einen nennenswerten Einfluß vermochte diese Nachricht aber nicht auszuüben. Eine kleine Besserung brachten die Aufträge argentinischer und mexikanischer Bahnen, die auf 20 000 Tonnen angegeben werden. Auch in Stabeisen- und Schmiedeeisen kommen erhebliche Abschlüsse zur Ausführung, ebenso in Stahl und Draht.

Obgleich von einer befriedigenden Lage keine Rede sein kann, ist die Stimmung im Stahlmarkt, läßt sich zu wünschen übrig; unter die Hälfte seiner Leistungsfähigkeit ist sie gekommen. Dabei ist nicht außer Acht zu lassen, daß seit 1905 eine große Anzahl Hochofen — es sollen an 70 sein gebaut worden sind, andere sind noch im Bau begriffen. Die Leistungsfähigkeit der amerikanischen Hochofen wird auf 40 Millionen T. geschätzt, das sind 12 Mill. mehr als die bisher gezeigte Höchstproduktion betragen hat. Kein Wunder, daß unter solchen Verhältnissen die Bestellungen auf sich warten lassen in der Hoffnung, daß die Preise noch weiter sinken. Das dürfte nun in Anbetracht des schon erwähnten Beschlusses doch nicht der Fall sein. Im Gegenjah zu den Aufträgen in Schienen, die sich auf insgesamt 218 000 T. belaufen, ist das Geschäft in Roh-eisen schwach. Aber auch in Schienen erreicht der Abschluß die erwartete Höhe noch lange nicht.

Interessant ist es übrigens, daß an der New Yorker Börse — trotz der keineswegs glänzenden Lage des Wirtschaftslebens — eine Hausseebewegung inszeniert wurde, die, weil auf gänzlich falschen Voraussetzungen beruhend, sich leicht als eine künstliche Masche erkennen läßt. Der Verdacht ist gewiss gerechtfertigt und er trifft wohl auch das richtige, der meint, daß die ganze Bewegung von Interessenten zur Unterbringung neuer Werte zu hohen Preisen hervorgerufen worden sei. Tatsächlich sind auch eine Anzahl bedeutender Emissionen erfolgt. Es ist wohl hauptsächlich auf diese Bewegung zurückzuführen, daß an der Wiener und Amsterdamer Börse ein ähnlicher Taumel ausgebrochen ist, der übrigens schon wieder einer nüchternen Auffassung zu weichen beginnt. In London und an den deutschen Börsen wurde die Nachricht mit großem Mißtrauen aufgenommen, besonders bei uns läßt sie kaum einen Einfluß aus.

Zur Beurteilung der Lage der Metallindustrie sowie der der Montan- und Hüttenwerke ist die Bewegung, welche die Werte dieser Werke erfahren haben, recht lehrreich. Gegen Jahreschluß und auch bei Beginn des neuen Jahres zeigten die Montanwerte einen festen Kurs, teilweise stiegen sie. Namentlich zeigte sich starkes Begehren nach Aktien des Werkes Phönix; dieses selbst ist der Typ eines großen Gemischwerkes; es verteilte seit 1904 10, 15, 17, 11, 9 und 15% Dividende. In den letzten 2 Wochen aber machte sich eine Wertschätzung des Marktes in den genannten Werken bemerkbar. Daß die Phönix-Aktien davon betroffen wurden, lag einmal daran, daß sich die verschiedenen Vermutungen, die man an die stattfindende Auffichstraffung geäußert hatte, als irrig erwiesen, dann aber auch in der viel besprochenen Lage des Stabeisenmarktes, an dem die Phönixwerke stark beteiligt sind. Dem Börsenbericht der Zeit. Ztg. vom 24. entnehmen wir, daß die genannten Aktien einen Rückgang von 1,37% zu verzeichnen hatten, d.sgleichenwärtigen Bochumer Aktien um 0,62% und Gelsenkirchener um 0,25%. Läßt dieser Kursrückgang auch nicht direkt auf eine schlechtere Lage der betreffenden Industrien schließen, so zeigt er uns doch, daß ein bevorstehendes Moment

über ihnen schwebt, das wir ja bereits kennen gelernt haben.

Was die tatsächliche Lage in der Metallindustrie betrifft, so sind darüber die Meinungen und Berichte nicht einheitlich. Man hofft, daß eine Beseitigung der Warttätigkeit, die man von einer eintretenden Verbilligung des Geldes erwartet, naturgemäß auch eine günstige Wirkung auf die Metallindustrie äußern müsse. Darüber braucht man sich aber keiner Täuschung hinzugeben, daß auf dem rheinisch-westfälischen Eisenmarkt die Auflösung der Stabeisenkonvention unangenehme Folgen haben kann. Die Berichte heben hervor, daß ein Zusammenhalten unbedingt notwendig sei, wenn nicht das Frühjahrsgeschäft stark darunter leiden soll.

In einem unserer früheren Berichte haben wir Unstimmigkeiten erwähnt, die im Stahlwerksverbande herrschen. Sie hatten ihre Begründung in den Anträgen verschiedener Mitglieder auf Erhöhung der Beteiligungsziffer (vgl. S. R. Nr. 1). Am 25. fand nun die geplante Generalversammlung des Stahlwerksverbandes statt; sie hat alle in Betracht kommenden Anträge abgelehnt. Hier ist insbesondere der Antrag Stumm zu nennen, der eine Übertragung der Hälfte des Minderabzuges an A-Produkte auf B-Produkte erstrebte. Von dem Gasper Eisenwerk und von der Firma Thyssen u. Co. lag der Antrag vor, die Beteiligung an Halbzeug auf Stabeisen übernehmen zu lassen. Die Beteiligungsziffer der Gebrüder Stumm an A-Produkten (Halbzeug, Eisenbahnmateriale, Formeisen) beträgt 247 192 T., an B-Produkten (Stabeisen, Walzdraht, Bleche, Röhren, Guß- und Schmiedestahl) 168 148 T. Das Gasper Eisenwerk ist an A-Produkten mit 55 883 T., an B-Produkten mit 118 429 T. und unter jenen mit 12 940 T. Halbzeug, diesen mit 69 085 T. Stabeisen beteiligt. Bei der Gewerkschaft Deutscher Kaiser und Thyssen u. Co. stellen sich die Zahlen an A-Produkten auf 355 000 T., an B-Produkten 627 725 T. Unter der ersteren Summe beträgt die Beteiligung an Halbzeug 19 295 T. und der letztgenannten die an Stabeisen 377 325 T.

Die Nachrichten über die Marktlage lauten günstig, die Bestellungen in Halbzeug sind befriedigend; unsere schwere Industrie ist vielfach an der Ausfuhr stark interessiert, weshalb in diesem Zusammenhang die Lage des amerikanischen Eisenmarktes immer eine Würdigung erfahren muß, da sie für die Konkurrenz im Auslande stark in Betracht kommt. In Vignolichien war der Absatz ins Ausland ein guter. Der Jahreszeit entsprechend ist das Geschäft in Formeisen ruhig, doch hofft man, daß dieses Jahr die Warttätigkeit und damit das Geschäft in Formeisen einen starken Aufschwung nehmen werde. Auch für den Absatz ins Ausland, namentlich nach Großbritannien hofft man durch erhöhte Warttätigkeit, starken Absatz zu finden. Dieser war von 1. April bis 31. Dezember um 64 000 T. höher als im Vorjahr. Die Zahl bezieht sich nur auf den Auslandsabsatz.

Die Berichte aus dem Rheinisch-Westfälischen Industriegebiet lauten durchweg günstig, das gleiche kann man denen, die sich mit der Oberschlesischen Eisenindustrie beschäftigen, nicht nachsagen. Die Hochofenproduktion ist zwar im Jahre 1910 gewachsen um 51 000 T., gegen 1909; jedoch erreicht die Produktionsziffer noch nicht die der Jahre 1908 und 1907. Die produzierte Menge bleibt hinter der Leistungsfähigkeit der Werke bedeutend zurück. Die Lage des Walzeisen- und Stabeisengeschäftes ist ebenfalls nicht besonders befriedigend.

Ich habe schon des öfteren Gelegenheit genommen, auf die fortschreitende Schindizierung unseres Wirtschaftslebens hinzuweisen. Speziell in der Eisenindustrie ist diese ja im Stahlwerksverband stark ausgebildet und zentralisiert. Der Markt des einzelnen, Eigen und dessen Produkte erzeugenden Landes ist heute im wahren Sinne des Wortes die ganze Welt. Ich habe schon auf die Bedeutung hingewiesen, die gerade Amerika für die Entwicklung unserer Industrie hat. Deutschland sieht auf dem

Weltroheisen- sowie auf dem Weltstahlmarkt an zweiter Stelle; es hat England aus seiner Position verdrängt und folgt nun direkt hinter den Vereinigten Staaten. Schon 1904 betrug die Roheisenproduktion Deutschlands 10 038 000 To., die Englands 8 700 000 To. In Stahl stellen sich die Zahlen auf 8 930 000 To. bzw. 5 107 000 To. Die Vereinigten Staaten von Nordamerika allerdings übertreffen auch die Produktion Deutschlands bei weitem. Bei den ungeheuren Mengen, die gerade in unserer Industrie inbestehen sind, wirkt eine schrankenlose Konkurrenz um so verheerender, je zu mildern ist ja in erster Linie Aufgabe der Kartelle. Je weiter diese ausgedehnt sind, um so besser erfüllen sie ihren Zweck. Der Gedanke, die nationalen Kartelle zu internationalen auszuweiden, liegt daher nahe und ist auch in dem internationalen Schienenkartell für unsere Industrie bereits in die Erscheinung getreten. Der Präsident des amerikanischen Stahltrusts, Gary, war der Urheber einer Zusammenkunft von Eisenindustriellen aus den in Betracht kommenden Ländern, Amerika, Deutschland, England, Frankreich, Belgien usw. Der Erfolg war jedoch kein positiver, er bestand lediglich in dem Beschluß einer Agitation für die Idee einer internationalen Vereinbarung. In diesem Jahre soll in Brüssel wiederum eine Zusammenkunft stattfinden, wo einem zu bildenden Ausschuss die mannigfaltigen Vorarbeiten übertriesen werden sollen. Ob diese zu einer internationalen Vereinbarung führen werden, ist natürlich noch ganz ungewiß, man darf sich über die Schwierigkeit solcher keiner Täuschung hingeben. Möglicherweise ist immerhin schon mit einer Gebietsabgrenzung für den Absatz der einzelnen Länder wäre viel erreicht.

Pforzheim.

(Schluß.)

Eine Musterleistung bei dieser zehnjährigen Bewegung die bislang in der Arbeiterbewegung ihres gleichen sucht, stellt die Streikbruch-Erlaubnisliste dar. Das vorermähnte Flugblatt enthält folgenden Passus darüber: „Ausnahmen (Von der allgemeinen Arbeitsüberlegung), sind nur zulässig in folgenden Fällen:

- a) wenn der Arbeitgeber der Organisationsleitung den Nachweis erbringt, daß er aus dem Arbeitgeberverband ausgetreten ist;
- b) wenn ein Mitglied bei einem Fabrikanten arbeitet, der nicht im Arbeitgeberverband ist;
- c) wenn ein Mitglied von uns auf sein persönliches Ansuchen und Angabe der Gründe für sein Gesuch von der Ortsverwaltung die Erlaubnis zum weiterarbeiten erhält.

Alle diese Kollegen, die unter obestehenden Voraussetzungen weiterarbeiten dürfen, müssen im Besitz einer Legitimationskarte sein, die nur persönlich und nur auf dem Verbandsbüro unter Vorlage des Mitgliedsbuches ausgestellt wird.

Wer nach dem 26. d. Mts. in irgend einem Betriebe arbeitet und nicht im Besitze einer Legitimationskarte ist, gilt unter allen Umständen als Streikbrecher, er kann sein wer er will und muß sich gefallen lassen, als solcher angesehen, behandelt und rechtslos zu werden.

Umgekehrt dürfen den mit einer Legitimationskarte versehenen Mitgliedern von keiner Seite irgend welche Vorhaltungen, gleich welcher Art, gemacht werden.“

Ein grenzenloser Stolz und Größenwahn. Als ob nur die sozialdemokratische Verbandsleitung zu befinden hätte, wer in Pforzheim arbeiten darf, und nicht. Die praktische Wirkung dieser Karole illustriert sich durch folgende Beispiele: In einem Betrieb, der von soziald. Arbeitern besetzt ist, besaßen die Betroffenen den Streikbruchpaß, um möglichst viele von der Verbandsunterstützung fernzuhalten. In einem anderen Betrieb, in dem der sozialdemokratische Verband nicht vertreten ist, werden die Arbeiter aufgefordert, die Arbeit niederzulegen, zur Strafe dafür, weil sie sich noch nicht dem Deutschen Metallarbeiterverband angeschlossen haben. Kräftig tritt die Wirkung in einem Betrieb mit gewissh. organisierten Arbeitern in Erscheinung. In einem solchen Betriebe arbeiten 1. 15 christlich, 6 sozialdemokratisch und 5 kirchlich-organisierter Arbeiter. Die 6 Genossen haben sich nur auf ihren Verbandsbüro einen Streikbruchpaß besorgt, können sie ruhig weiterarbeiten, ungehindert und ohne Vorhaltungen die Streikbrüche passieren, sind aber keine Streikbrecher, wohl aber die anderen organisierten Arbeiter, die ohne den benötigten Paß weiterarbeiten — Hier geht's nimmer. — Also eine ganz neue Streikbruchkarole.

Ein großer Teil der sozialdemokratisch organisierten Arbeiter legt dann, der Zeitung gemäß, unter Kontraktbruch am 26. November die Arbeit nieder, worauf der Arbeitgeberverband beschloß, vom 2. Dezember bis 2. Januar die Betriebe zu schließen. In Fragebräunten können während der sozialdemokratischen Führer und die sozialdemokratische Presse den Arbeitern immer wieder: wir werden sagen, die Arbeitgeber müssen verhandeln — ja wohl sie müssen!

Jedemfalls werden die maßgebenden Genossen auf ihre guten Verbindungen mit der Regierung: dem der Genosse Vorhöfer ja in einer Besprechung am Tage der Bewegung: „Wir müssen uns fester stellen, (2) daß die Regierung nach dem ersten Nichtigkeitsbesuch noch einmal an die Arbeitgeber herantreten werde.“ Aber selbst die Verhandlungsstelle des Pforzheimer Oberbürgermeisters, sowie die der Soziald. Regierung gegenüber an der bekanntlich Regierung der Fabrikanten auf Grund des vorgelagerten Verhandlungsverfahrens zu verhandeln.

* In Nr. 4 sind einige Druckfehler unterlaufen. Die Organisationsleitung benötigt nach dem Bundeskommissionerbericht nicht 20, sondern 30 Millionen RM., jedoch ist kein Million-Billiter (Billionen) für ein solches Beträglich zu lesen. A. H.

Nachdem alle Versuche, die Arbeitgeber zu Verhandlungen zu bewegen, gescheitert waren, machte sich ein hartes Abblauen der Einigung im sozialdemokratischen Lager geltend. In einer Versammlung, die am 21. Dezember 1910 stattfand, kam diese Resignation erst recht zum Ausdruck. Der Leiter der Bewegung, Vorhöfer, mußte hier eingestehen, daß er sich in seinen Personalschätzungen, mit denen er den Streik begonnen, gründlich verrechnet habe. Auch hätten die Arbeiter nicht so Stand gehalten, wie er es erwartet habe. Gleich bei Beginn der Bewegung wäre ein Teil umgefallen. Im weiteren Verlauf (nach der Aagenparole) hätten Hunderte der Mitglieder ihr Verbandsbuch geschickt und den Austritt erklärt. Alle möglichen Gründe, darunter auch die Beziehung von weiteren 140 Gendarmen mußten dazu dienen, die nötige Stimmung unter den Arbeitern zu schaffen. Zum Schluß wurde beschlossen, am folgenden Tage eine Abstimmung vorzunehmen, ob die inzwischen vom Arbeitgeberverband ausgehenden Fragekarten mit Ja (also für Aufnahme der Arbeit) oder mit Nein beantwortet werden sollten. Vorhöfer sagte u. a., wie die Situation jetzt stehe, würde auch er Ja schreiben, wenn er zu schreiben hätte. Die Versammlungsteilnehmer gingen in dem Glauben auseinander, daß sie die Karte mit Ja beantwortet hätten. Dies klang auch aus verschiedenen Reden hervor, die nach der Versammlung fielen. So meinte ein herber Pforzheimer Goldschmied: „Diesmal sind die Pforzheimer halt gründlich verblödet worden.“ Ein anderer meinte: „Die Leiden der Pforzheimer in 5 Minuten halten können; er hält ja nur zu sagen brauchen: nehmt die Arbeit wieder auf, und damit fertig.“

Am nächsten Tage brachte die Presse nachstehende Selbstaussage:

„Deutscher Metallarbeiterverband, Verwaltungsstelle Pforzheim. Allen entgegenstehenden Gerüchten und Zeitungsberichten gegenüber verweisen wir darauf, daß eine Veränderung in der Situation nicht eingetreten ist, die Bewegung also nach wie vor weiter geht. Diejenigen Kollegen, welche von den Fabrikanten Karten zugesandt erhalten haben, haben dieselben sofort, spätestens aber bis zum Montag, den 26. d. M., unverzüglich und unbeschnitten in den Streikbüros abgegeben. Wer seine Karte nicht abgibt, von dem wird ohne alles weitere angenommen, daß er zum Streikbrecher werden will. Die Karten sind durch die Vorsitzenden der Streikbüros persönlich am 26. nachmittags noch nach dem Zentralstreikbüro (Europäischer Hof) abzuliefern.“

Außerdem wurde den Mitgliedern bemerkt, wer die Karte nicht abgibt, gehe seiner Streikunterstützung verlustig. Als eine Bestimmung hatte zur Folge, wie sich nachher herausstellte, daß ein großer Teil die fragl. Karten wohl auf dem Verbandsbüro abgaben, um nicht der Unterstützung verlustig zu gehen, zu gleicher Zeit aber mit einer Postkarte ihrem Arbeitgeber die Wiederaufnahme der Arbeit am 2. Januar anzugehen. Interessant ist nun die Tatsache, während nämlich der Deffinitivität plausibel gemacht wurde, daß die Sache ihren alten Weg gehe, wurde hinter den Kulissen mit den Arbeitgebern wegen Wiedergang der Arbeit angehandelt. Ein diesbezügliches Schreiben des Bezirksleiters Vorhöfer und der Ortsverwaltung kam erst nachträglich zur öffentlichen Kenntnis. Seltensamerweise findet sich dieses Schreiben nicht in dem offiziellen Organ der Streikleitung, der Pforzheimer „Freien Presse“.

Ueber das Warum besteht uns in etwa das Schreiben selbst. Dasselbe lautet:

Pforzheim, den 27. Dez. 1910.

An den Arbeitgeberverband für Pforzheim und Umgebung Pforzheim.

Am Samstag, den 24. d. Mts. erfuhren wir erst den authentischen Wortlaut Ihrer, inbezug auf die Wiederaufnahme der Arbeit, erlassenen Erklärung. Da wir vorher dieselbe nicht kannten, ebenso aber auch aus dem Inhalt derselben nicht ersehen konnten, ob die Beantwortung der Anfrage zugleich identisch ist mit der bestimmten Zusicherung der Wiedereinstellung, haben wir unsere Mitglieder geraten, eine abwartende Stellung einzunehmen und die Karten vorerst unterzeichnet an uns einzusenden. Erst nachdem wir diese Anweisung ausgegeben hatten, erfuhren wir von einer Seite, die wohl als informiert gelten kann, daß die oben von uns ausgesprochene Mutmaßung zutrifft, und darauf haben wir unsere Mitglieder, soweit wir sie noch zu informieren in der Lage waren, angewiesen, die Karten nach Belieben an uns oder an Sie bzw. Ihre Mitglieder direkt einzusenden, was also bei einem Teil der Karten geschehen wird. Die anderen bei uns eingegangenen Karten werden von uns sortiert und von uns Ihren Mitgliedern zugestellt.

Die bei uns eingegangenen Karten gelten als im bejahenden Sinne beantwortet, sobald unsere Vertreterversammlung, welche morgen, den 28. d. M. stattfindet, Stellung genommen hat und die Zustimmung zur beabsichtigten Antwort erteilt hat. Wir nehmen an, daß bis zum Beginn derselben, nachm. 3 Uhr, eine Antwort von Ihnen an unsern Hauptvorstand auf eine von ihm an Sie gerichtete Frage eingegangen ist und daraus ja zu ersehen sein wird, ob und in welcher Form eine Verständigung zur Beilegung der Differenzen zustande kommt. Von der Annahme ausgehend, daß eine solche Verständigung nun doch stattfindet, haben wir auch unsere erst gegebene Stellung geändert, gleichgültig, ob vorerst nur eine Verständigung über die Wiederaufnahme erfolgt und Verhandlungen über gegenseitig noch festzujehende Verhandlungsbedingungen erst nach dem 2. Januar stattfinden oder erst in gegenseitige Verhandlungen über Differenzpunkte eingetreten wird und dann erst die Wiederaufnahme erfolgt, wodurch natürlich der Beginn der Wiedereinstellung der Arbeit etwas hinausgeschoben werden dürfte.

Siehe jedoch die von Ihnen an unsern Vorstand ergangene Antwort im abwartenden Sinne ausfallen, so wird auch unsere Vertreterversammlung gegenüber dem Arbeitgeberverband Stellung nehmen müssen und darauf hinwirken, daß ergangene Beziehungen wiederhergestellt werden, soweit nicht für verschiedene Firmen Sonderbestimmungen erlassen werden.

Wir denken aber, daß es möglich sein wird, diese Woche zu einer Verständigung über die Wiederaufnahme der Arbeit zu gelangen, und wir werden Sie dann am Mittwochs informieren, sobald Sie in der Lage sind, Ihren Mitgliedern entsprechende Mitteilung zur etwaigen Vorbereitung zur Wiederaufnahme der Arbeit zugehen lassen zu können.

Hochachtungsvoll
Deutscher Metallarbeiterverband
J. A. gez. Karl Vorhöfer.

Während der Abstimmung setzte sich der Hauptvorstand des Deutschen (sozialdemokratischen) Metallarbeiterverbandes über den Kopf der örtlichen Streik- und Bezirksleitung hinweg, mit dem Arbeitgeberverband in Verbindung, um den aussichtslosen Kampf zu beendigen, mit der Anfrage, ob der Arbeitgeberverband zu Verhandlungen bereit wäre, sofern die Forderungen der Kettenmacher zurückgezogen würden. Darauf antwortete jener:

1) „Der Ordnung halber beschäftigen wir Ihnen den Empfang Ihres gest. Schreibens vom 23. ds. Mts. Wir werden nach dem Fest auf dasselbe zurückkommen und zeichnen inzwischen

Hochachtungsvoll
Arbeitgeberverband für Pforzheim und Umgebung.
C. W. Meier.“

Pforzheim, den 27. Dezember 1910.

An den Deutschen Metallarbeiterverband
Stuttgart, Altestraße 16, A.

Auf Ihre Zuschrift vom 23. ds. Mts. haben wir Ihnen mitgeteilt, daß es einer Anfrage, ob wir zu Verhandlungen bereit sind, wenn die Forderungen der Kettenmacher zurückgezogen werden, nicht bedurft hätte, da wir — wie Sie selber zugeben — wiederholt unsere Bereitwilligkeit zu Verhandlungen unter obiger Bedingung erklärt haben.

Die vorhandenen Differenzen bestehen lediglich in den Forderungen der Kettenmacher bzw. des Metallarbeiterverbandes. Werden dieselben zurückgezogen, so sind keine uns bekannten Differenzen mehr vorhanden. Wenn Sie also Verhandlungen mit uns pflegen wollen, so werden Sie zunächst für die Zurücknahme der Forderungen zu sorgen und uns gleichzeitig mitzuteilen haben, über welche Punkte verhandelt werden soll. Notwendig erscheint es uns, daß wir eine Antwort hierüber bis zum 29. ds. Mts. erhalten, da wir dieselbe unserer Generalversammlung zu unterbreiten haben.

Unsere Vorbedingungen für Verhandlungen wären folgende:

- 1. Die vom Metallarbeiterverband gestellten und zurückgezogenen Forderungen vom 17. September ds. Js. dürfen in keiner Form Gegenstand der Verhandlungen bilden.
- 2. Die Verhandlungen müssen mit allen Organisationen, welche die Forderungen zurückgezogen haben und ebenso mit Vertretern der Nichtorganisierten, die von Arbeitern zu bestimmen sind, gleichzeitig geführt werden.
- 3. Die Verhandlungen sind unter Vorsitz des Herrn Oberbürgermeisters Habermehl und unter Aufsicht des Herrn Vorhöfer zu führen.

Derner teilen wir Ihnen mit, daß wir an unserm Beschluß festhalten, daß sämtliche vor dem Streik beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen wieder eingestellt werden. Demjenigen, welcher am 2. Januar 1911 die Arbeit nicht mehr aufnimmt, kann die spätere Beschäftigung nicht zugesichert werden.

Hochachtungsvoll

Arbeitgeberverband für Pforzheim und Umgebung:
gez. C. W. Meier.

Für den Streikleiter, der in seiner von Größenwahn diktierten Aufgeblähenheit erklärte, die „Christen in Grund wie Luft“ behandelt zu haben, der in Pforzheim unter keinen Umständen mit den „Christen“ verhandeln will, stellen diese Bedingungen des Arbeitgeberverbandes eine wohlverdiente Züchtigung dar, die ihresgleichen in der Geschichte der Arbeiterbewegung sucht.

Der christliche Metallarbeiterverband, dem ersichtlich daran gelegen ist, für die Kettenmacher auf dem Wege einer Vereinbarung eine Gesundung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse herbeizuführen, erhob frühzeitig genug seine wachsende Stimme gegenüber dem von seiner Sachkenntnis getriebenen frivolen Vorgehen des sozialdemokratischen Verbandes. Ungeachtet der sozialdemokratischen Anpöbelungen, vertrat der christl. Metallarbeiterverband mit Nachdruck die Auffassung, daß eine Gesundung der Verhältnisse in der Kettenbranche unerläßlich, daß aber andererseits der von sozialdemokratischer Seite eingeschlagene Weg total verfehlt sei.

Nachdem die Situation für die sozialdemokratische Organisation sich immer schwieriger und gefährlicher zu gestalten begann, begann man sich auf einmal auf die „Christen“, die für Vorhöfer gleich „Luft“ waren, und rief sie zur Hilfe an, um aus der Klemme herauszukommen, die man sich durch eine von Größenwahn und Machtwahn geblendete Dummheit selbst geschaffen hatte.

Wie sehr die Dummheit des christlichen Metallarbeiterverbandes von der vernünftig denkenden Arbeiter- und Bürgerchaft anerkannt wurde, ersieht man unter anderem daraus, daß die Pforzheimer Arbeiter und Arbeiterinnen sich zu Hunderten uns angeschlossen. Sogar ein wie persönlich bekundeten selbst Arbeitgeber, wenn von Anfang an so faktiert worden wäre, wie dies seitens des christlichen Verbandes geschah, wäre es zweifellos ohne Mühe zur Ausschöpfung gekommen. Ein Beweis mehr, daß durch das den Arbeitgebern gegenüber beliebte regellose Auftreten Vorhöfers zu einer denkbar ungünstigen Zeit die Interessen der Pforzheimer Arbeiterjagd jrrölauf Spiel gesetzt wurden.

Was der christliche Metallarbeiterverband schon bei Beginn der Bewegung im Interesse des Christen für richtig hielt, nämlich die Vertagung der Gesamtbewegung auf einen günstigeren Zeitpunkt, das tat nun der sozialdemokratische Metallarbeiterverband, nachdem er die seine sinnlose Dummheit keinen Anstoß mehr fand, nachdem er den Arbeitern Weismachen konnte, nachdem er Hunderttausende Karl Arbeitergroßen unternünftigerweise und nutzlos verurteilte, die bei unrichtiger, tüchtig abwägender

Taktik den Verbänden erspart werden konnten; nachdem ferner den Pforzheimer Geschäftsleuten das Wohlwollensgefühl so gut wie verloren war; nachdem die Arbeiterkationen an Lohn eingebüßt hatten; nachdem die sozialdemokratische Leitung tief klamiert bestand und die sozialdemokratische Organisation in allen Zügen brach, kam den Führern des Deutschen Metallarbeiterverbandes die Notwendigkeit zum Bewußtsein, die Bewegung abzubauen und zu vertagen, den Arbeitern zu empfehlen, am 2. Januar die Arbeit bedingungslos wieder aufzunehmen.

Ein klägliches Fiasko sozialdemokratischer „Taktik“, das in der Geschichte der Arbeiterbewegung beispiellos dastehen dürfte. Soriel an Unfähigkeit, Unkenntnis und Unmoral trat wohl selten bei einem wirtschaftlichen Kampf zutage.

Der Vorsitzende des Arbeitgeberverbandes führte seinen siegestrunkenen Mitgliebrn gegenüber aus, nicht er verdiene Dank für den Sieg, derselbe sei Dank der großen Fehler der Gegner (Vorhölzers) und der Einigkeit der Fabrikanten erspart worden. Eine Genugtuung ist der sozialdemokratischen „Gewerkschafts“leitung geblieben: Der sozialdemokratische Wahlverein gewann einige Duzend Mitglieder, die sozialdemokratische Presse einige Duzend Abonnenten. Das nennt man Erfolg, wenn hierbei auch mit tausenden Arbeiterregistrenzen frivol gespielt wurde.

Es sind nicht viele Kämpfe, wo es so klar zutage tritt, wie notwendig im Gesamtinteresse der Arbeiterschaft eine starke christliche Metallarbeiterorganisation ist, nicht nur um der Unterstützung während des Kampfes willen, sondern um solche unternünftigen Kämpfe ein für allemal zu verhindern.

Kurzfristig und unklug wäre es nun von der Arbeitererschaft Pforzheims, wollte sie aus Enttäuschung über die sozialdemokratische Niederlage den Streikwägungen der Gelben folgen, die sich dank der famosen sozialdemokratischen Taktik, auch in Pforzheim einmischen wollen.

Gerade für die Hauptindustrie Pforzheims ist eine Gewerkschaft notwendig, die bei all ihrem Vorgehen die in Betracht kommenden Momente mit Befonnenheit und Ueberlegung in Rechnung stellt; diese Organisation ist einzig und allein der christliche Metallarbeiterverband. Darum Arbeiter und Arbeiterinnen der Edelmetall- und Uebelmetallindustrie, laßt Euch nicht in falsche Sicherheit irren, sondern tretet ein in den christlichen Metallarbeiterverband!

Strömungen in der Sozialpolitik.

Wenn nicht alles trägt, werden in Zukunft um den Ausbau und den Fortschritt der deutschen Sozialgesetzgebung noch schwere Kämpfe auszufechten werden; vor allem an „Deutschlands hohen Schulen“, den Universitäten. Schon heute tritt der Widerstreit der Anschauungen über die sozialen Aufgaben, unter den Professoren in den Vordergrund. So gab es jüngst bereits an der Berliner Universität ein Rencontre zwischen den Professoren Bernhard und Sering. Der Kampf der Anschauungen hat zwischen „Exakten“ und „Kathedersozialisten“ begonnen und wird er umso stärker werden, je mehr die „Exakten“ an den Universitäten Unterkunft finden. Sonderbarerweise ist es der „Zentralverband deutscher Industrieller“, der seine Forderungen mit den Forschungsresultaten der „Exakten“ begründen kann, und der das allergrößte Interesse für die Anstellung von Hochschullehrern der neueren Richtung bekunden soll.

Der Professorenstreit an der Berliner Hochschule war jedenfalls Ursache, daß der hochverdiente Professor Dr. Adolf Wagner, das Haupt der sogenannten „Kathedersozialisten“, vor einem studentischen Zuhörerkreise das Wort ergriß zu einem Vortrag über „die Strömungen in der Sozialpolitik und den Katheder- und Staatssozialismus“. Die Ausführungen hielten so viel des Interessanten auch für den Arbeiter, daß wir nicht verfehlen, sie in folgendem auszugsweise wiederzugeben:

Man spricht bald lobend, bald mit Bedenken von unserem „Zeitalter der Sozialpolitik“. Unter Sozialpolitik versteht ich — ein Theoretiker mag von solchen Begriffsbestimmungen nicht gern absehen — ein bewußtes regulierendes Eingreifen des Staates mit Mitteln der Gesetzgebung, der Verwaltung und mit finanziellen Mitteln, in die Vorgänge des sozial-wirtschaftlichen Lebens, der Güter- und Gewinnverteilung, da, wo bei dem freien Spiel der Kräfte Lücken und Mängel eintreten, die sich, nicht alle zwar, aber zum Teil doch beheben oder vermindern lassen; ein solches Eingreifen empfinden als Pflicht und als Angelegenheit des Gesamtinteresses der Nation.

Nicht immer hat man diese Pflicht gekannt lassen wollen. Am Ende des 18. Jahrhunderts, in der Zeit der Gründung der Dampfmaschine, gelangte der ökonomische Liberalismus zur Herrschaft, der dem Staat das Eingreifen in das freie Spiel der wirtschaftlichen Kräfte verwehren wollte. Das Motiv dieser Bewegung sprach Ludwig XVI. Staatsmann Turgot in einem berühmten, nur durch ein lit de justice ermöglichten Dekret zur Aufhebung der Zünfte aus: „Als Gott dem Menschen Bedürfnisse gab, zu deren Befriedigung Arbeit gehört, gab er ihm auch das Recht auf Arbeit“; das sei wiederherzustellen, und zu dem Zweck die Zünfte zu beseitigen. So trieb Ludwig XVI. Regierung die Gewerbebefreiheit ein: freilich ging es ihm wie manchem Monarchen: er blieb nicht fest; aber das Prinzip beachtete er doch und nahm seinen Siegeslauf um die Welt. England besaß die Gewerbebefreiheit bereits in der Hauptsache; Reste der eldabethianischen Gesetzgebung, die ihn im Wege standen, wurden beseitigt. Die Lawe- und die Gewerbeform in Preußen beruhen auf denselben Gedanken; Freiheit der Arbeit, freie Bewegung der Kräfte, alles geht für den einzelnen wie die Gesamtheit erwartete man davon; die freie Konkurrenz werde zur höchsten Energie, zur größten Sparsamkeit zur intensiven Ausnutzung der damals so zahlreichen Verbindungen, zu einem Maximum von Leistungsfähigkeit führen; das Bewußtsein, daß der Dichtige siege, werde jeden danach streben lassen.

Das schien alles so unaufschäblich richtig zu sein, und jede viel richtiges war in auch daran. Aber der Mensch

hat nicht nur Fleiß und Energie, er hat auch schlimme Seiten; er wird in der Wahl der Konsumgüter Mittel nur zu leicht gewissenlos. Und vor allem: die Menschen sind nicht gleich, sie treten in den wirtschaftlichen Wettbewerb nicht gleich an Charakter, an Fähigkeit und an Vermögen ein. Abrecht Lange, bekannt durch seine Geschichte des Materialismus und zugleich der Verfasser des vielleicht heute noch bedeutendsten prinzipiellen Werkes über den Sozialismus, sprach es aus: „Ihr habt die Freiheit des Privatkapitals geschaffen, ohne für die zu sorgen, die ohne Waffen oder ohne genügende Waffen in den Kampf treten.“

So treten die Schattenseiten der Gewerbebefreiheit denn bald hervor. Zuerst in England. Die ersten Dampf- und Webemaschinen hatten die Arbeiter vielfach noch zerschören wollen, bald waren daran mehr Arbeiter beschäftigt, als es früher gegeben: es war ein kolossaler wirtschaftlicher Aufschwung. Aber es trat auch eine steigende Differenzierung des Besitzes ein, und eine unmäßige Ausnutzung der Arbeiter und ihrer Familien. Es ist gewiß vieles anzukündigen, was darüber erzählt wird; daß man ermüdeten Kindern, um sie wieder arbeitsfähig zu machen, den Kopf ins Wasser steckte, war gewiß ein sehr seltener Fall, gottlob; aber vorgekommen ist es, und das ist bezeichnend genug. Es zeigte sich, daß es bei steigendem Allgemeinwohlstand mit einzelnen Klassen herabgehen kann, daß die alten Zunftgesetze hoch auch ihre guten Seiten hatten; sie gewährten keinen allzugroßen, aber sie gewährten doch einen Schutz, und auch die Konkurrenz hatte dem Zeitalter der Zünfte nicht gefehlt, nämlich die der Qualität im Unterchied von der Konkurrenz in der Quantität und im Preis. Auch wohlwollende Arbeitgeber erkannten, daß die radikale Gewerbebefreiheit nicht so segensreich wirkte, wie man gemeint hatte. Aber durchgreifen konnte der einzelne nicht; das Prinzip des Voluntarismus, der gute Wille der einzelnen war zu schwach gegenüber der Gewinnucht der Mehrheit.

Die Arbeiterbewegung begann. Die Koalitionsfreiheit, das Streikrecht usw. sie widersprachen dem alten Recht, an dem hier nun auch die Unternehmer Vorzüge entdecken; und doch sind sie die notwendige Konsequenz der Gewerbebefreiheit. Andererseits besaßen auch die Arbeiter vielfach weder das Verständnis noch den Willen, z. B. ihre Kinder von der Fabrikarbeit fernzuhalten. Die Uebelstände häuften sich. Da gebührt nun England das Lob, nachdem es lange und am meisten durch volles Gewissenlaffen gestützt, auch am ersten eingegriffen zu haben, durchgesetzten gegen die großen Uebelstände von seiten der Männer der Praxis, wie der am freien Arbeitstrag, an der Freiheit des Arbeitgebers festhaltenden Theorie; das ist sein Ruhm. Andere Länder folgten, darunter, langsam aber doch nicht ganz zurückbleibend, auch Preußen. Die Theoretiker der Freiheitsschule, speziell in Berlin, waren ja damals am Werke, wie so oft, radikal und insoweit beständig fortzuführen, was man vom Ausland gelernt: nur von der „Logik der Arbeiterfrage“ sprach einer ihrer Führer; für die Theorie vom allein Segen bringenden freien Spiel der Kräfte gab es ja keine Arbeiterfrage.

Aber mit der allmählichen Industrialisierung Deutschlands in der Zeit des Kaiserreichs wurde die Frage immer wichtiger. Man mußte den englischen Beispiel folgen, wenn auch langsam; charakteristisch ist, daß man, als es sich um die Gewerbeordnung des Norddeutschen Bundes handelte, dagegen war, wie in England für die Durchführung der Schutzgesetz durch ein besonderes Personal zu sorgen: „Meine neue Polizei“, rief Karl Braun; und doch ist die gewöhnliche Polizei nicht geeignet dazu. Ich erinnere mich auch meiner eigenen akademischen Jugend; die Universitätslehrer waren zwar nur vereinzelt ganz radikale Freihändler, aber in der Publizistik herrschte der Radikalismus.

Aber die Kathedertheoretiker mußten Stellung nehmen zur Arbeiterfrage. Daran, daß sie es tat, gebührt zunächst der historischen Schule der Nationalökonomie zweifellos ein Verdienst; man begann die Tatsachen des wirtschaftlichen Lebens zu beobachten und zu prüfen. So dann erwarben und fand der Sozialismus, die den praktischen Erfolgen Lassalles vorausgehenden Lehren eines Adolfs und Mary, Beachtung im wesentlichen eine kritisch ablehnende; noch vor 60—40 Jahren wurde jeder Sozialismus auch auf den halbesen als eine Art Meniens behandelt, wenn man auch einzelne Gedanken, z. B. Fouriers, nicht ganz ablehnte. Da kam der „Kathedersozialismus“. Der Ausdruck in seiner historischen Entstehungsbereich ist sehr charakteristisch für die Sachlage. Schönberg, Schmoller, auch ich und andere jüngere akademische Lehrer sahen mehr und mehr ein, daß der reine Optimismus bezw. des freien Spiels der Kräfte falsch sei, in Anwendung auf den Arbeitsvertrag sowohl wie auf das Land- und Viehwesen. Die historische Schule lehnte dabei, die abstrakte Methode verlagte hier: realitäts-historisch mußte die Nationalökonomie werden; ich hatte demgegenüber daran fest, daß die Nationalökonomie eine theoretisch-abstrakte Wissenschaft ist; aber ich gebe zu, daß die abstrakte Richtung damals den Fehler zu großer Einseitigkeit gemacht hat: die historische Richtung hatte damals ohne Zweifel ihre großen Verdienste. Gemeinlich aber war uns die Stellungnahme gegen den ökonomischen Liberalismus. Es waren die schmerzlichen Jahre damals, wo der Geschäftszimmer voller Geizen hing und die bekannten Mißbräute aller Art um sich griffen. Von diesem Hintergrund aus ist es zu verstehen, wenn einer von uns das ihm viel verdachte Wort sprach: „Zerzutage erwehre man Millionen nicht, ohne mit dem Krumel aus Judenkäse zu rühren“, d. h. er grüete zur diesen Anspruch eines Reformismus! Und in der Tat galt damals alles für erlaubt, was nicht geradezu strafgehehlich verboten war.

Demgegenüber forderten wir die Geltung der historischen Normen auch für das Wirtschaftsleben. Gegen die Normen der guten Verfassung. Statistisch schon hat dagegen bald eine lebhaftere Freigebheit, moralisch unsere sozialistischen Ideen gelegentlich auch in Verhandlungen auszusprechen. Ich z. B. im Herbst 1871 vor parlamentarischen Ausschüssen. Ich habe den Namen „Kathedersozialismus“ auf damals, besonders den Namen „Kathedersozialismus“ auf die so genannt wurden, wobei ich nicht weiß, sondern nehme an, daß und wollen ihn zu Ehren bringen; es

es gelungen ist, darüber will ich selbst nicht urteilen, ich glaube aber, wir können manches dafür anführen, daß wir es versucht haben. Freilich ist der Name sehr mißverständlich; das leitende Hauptziel des Sozialismus, die Beseitigung des Privateigentums an den sachlichen Produktionsmitteln, an Grundbesitz, Rohstoffen, Maschinen usw., dieses Ziel haben die Kathedersozialisten stets abgelehnt, sie sind also nie eigentliche Sozialisten gewesen. Vielleicht wäre es richtiger gewesen, einen anderen Namen, z. B. den der ethischen Richtung zu wählen; aber jener ist nun einmal durchgedrungen.“

(Schluß folgt.)

Ein Industrieorgan über die Notwendigkeit der Arbeiterorganisationen.

Daß eine Zeitschrift, welche die Interessen der Unternehmer zu vertreten berufen ist, mit Entschiedenheit für die Notwendigkeit der Berufsorganisationen der Arbeiterschaft eintritt, sollte eigentlich nichts so besonderes sein. Aber solange in Deutschland weite Kreise des Unternehmertums noch der Meinung sind, in einem Zusammenarbeiten mit den gewerkschaftlichen Organisationen einen Ausgleich auch ihrer berechtigten wirtschaftlichen Interessen nicht erbitten zu können, muß ein solcher Vorgang als speziell bemerkenswert bezeichnet werden. Eine solche Betonung der Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter finden wir nun in der „Kartellrundschau“ (Heft 10/11), Zeitschrift für Kartellwesen und verwandte Gebiete, in einem Aufsatz: Kartell- und Arbeitsvertrag. Die Zeitschrift geht in diesem Aufsatz auf die bekannten Parallelen zwischen den kollektiven Verabredungen der Arbeiter über die beste Gestaltung der Lieferungs- und Preisbedingungen für die Ware, „Arbeitskraft“ und den kollektiven Verabredungen der Unternehmer über die entsprechenden Bedingungen für ihre Erzeugnisse ein und zieht daraus die logischen Schlüsse von der vollwirtschaftlichen und sozialen Gleichberechtigung dieser Organisationen. Der Verfasser wendet sich gegen die „Vertreter des reinen Unternehmertums“, die noch nicht den Schluß gezogen haben, daß gegenüber der Kartellierung der Unternehmer und Abnehmer auch die Arbeiter das Recht haben, sich zu organisieren, die lediglich betonten, „der Arbeitgeber müsse das Heft in der Hand behalten“ und schreibt demgegenüber:

„Aber damit ist nicht gesagt, daß Angelegenheiten, die hier in Betracht kommen, von denen das Wohl und Wehe vieler Tausenden von Arbeitern abhängig ist, einseitig zu regeln seien; die Regelung darf nicht einseitig durch das Unternehmertum erfolgen, die Arbeiter müssen auch mit sprechen, denn sie sind gerade so gut wie die Unternehmer an den Arbeitsverhältnissen interessiert. Gewiß werden vernünftige Arbeiter nicht eine Erhöhung der Löhne, eine Verkürzung der Arbeitszeit und dergleichen fordern, die so weit geht, daß die Konkurrenzfähigkeit des heimatischen Unternehmertums auf dem Weltmarkt darunter leidet, gewiß werden vernünftige Arbeiter ihre Wünsche danach regeln, aber sie dürfen doch für sich das Recht beanspruchen, mit den Unternehmern darüber zu verhandeln, was möglich ist und was nicht. Beide Faktoren, Arbeiter und Unternehmer müssen zusammen wirken, und es gilt daher auch eine richtige Form zu vereinbaren, in welcher Teile der Arbeiter seinen Anteil am Unternehmerertrag erhalten soll. Da der einzelne Arbeiter nicht instande ist, zur Feststellung einer solchen Form mitzuwirken, sondern nur die interessierte Arbeiterchaft insgesamt, so tritt hieraus wieder die Notwendigkeit der Organisation der Arbeiterschaft hervor. Die Arbeiterorganisationen müssen durch ihre Vertreter mit den Vertretern des kartellierten Unternehmertums in Beziehung treten, um kollektive Arbeitsverträge abzuschließen. Das liegt im Interesse der ganzen Nation.“

Wenn, so wird dann weiter ausgeführt, von den Unternehmern gesagt werde, niemals werden wir uns mit organisierten Arbeitern und deren Vertretern in Verhandlungen einlassen“, so würden die Unternehmer diesen Standpunkt auf die Dauer nicht beibehalten können. Wenn im Jahre 1905, bei dem großen Bergarbeiterstreik, ungefähr 200 000 Arbeiter die Arbeit niederlegten, so litten nicht nur die beteiligten Arbeitgeber darunter und die beteiligten Arbeiter selbst, sondern die ganze Nation wurde mehr oder weniger in Mitleidenschaft gezogen. Deshalb aber sei schon vom nationalen Gesichtspunkte anzustreben, daß eine Verständigung geschaffen und ein Mittel gefunden werde, die Arbeitsbedingungen nach Recht und Billigkeit festzustellen und eine solche Regelung zu ermöglichen. Berechtigte Forderungen dürften sich aber für die Verminderung der Ausstände und Ausperrungen an die kollektiven Verträge zwischen organisierten Gruppen von Arbeitgebern und solchen von Arbeitnehmern als Friedensinstrument, wenigstens für die bestimmte Dauer solcher Verträge, knüpfen.

Über den Nutzen dieser Kollektivverträge sowohl für die Arbeitgeber wie für die Arbeiter heißt es so denn:

„Kartelle zwischen Organisationen von Unternehmern u. Arbeitern auf Grund von Arbeitsverträgen werden für beide Teile — allerdings nicht zum wenigsten für die Arbeiter — günstige Resultate erzielen können. Einerseits würde sich

gewiß die wirtschaftliche Lage der breiten Masse der gewerblich industriellen Bevölkerung bedeutend verbessern, sowohl was die Höhe als auch namentlich was die Sicherheit und Gleichmäßigkeit ihres Einkommens anbelangt; insbesondere die nach Lohnhöhe, Arbeitszeit und Regelmäßigkeit ihrer Beschäftigung so schlecht gestellten, weil so schwer organisierten Heimarbeitern könnten dann erst beginnen, sich jenem Mittelstandsniveau zu nähern, das einzelne besser bezahlte und regelmäßig beschäftigte Arbeiter bereits erreicht haben. Andererseits würden auch die Unternehmer in weit gesteigertem und gesünderen Verhältnis ihre Tätigkeit als Leiter der Produktion ausüben; sie wären von der ständigen Gefahr befreit, durch Konkurrenz, deren Leistungsfähigkeit sich auf möglichen niedrigen Löhnen aufbaut, unterbieten zu werden. Die mittels der Arbeitsstarifrage geschaffenen höheren Arbeitslöhne der meisten Industriezweige würden die Kaufkraft der Arbeiterklasse für die verschiedensten Industrieprodukte erhöhen; die Möglichkeit unvorhergesehener Betriebsstörungen durch Streiks in arbeitsreichen Perioden wäre durch Arbeitsüberträge von längerer Dauer stark verringert; die Preisregulierung innerhalb der betreffenden Branche wäre auf feste Grundlagen gestellt; die allgemeinen Festsetzungen des Arbeitsstarifrages würden die in mühevoller und zu so viel Streitigkeit umringelte Festsetzung der Arbeitsbedingungen mit jedem einzelnen Arbeiter überflüssig machen; endlich wäre durch Abschluß von Arbeitsverträgen ein für die Unternehmer wie für die ganze Volkswirtschaft gleich wohlthätiger Anreiz zur Verbesserung der Produktionsmethoden gegeben."

Die tief einschneidenden Eingriffe in die Verflechtungsfreiheit, die die Kartelle im Interesse einer gesunden Regelung der Produktions- und Marktverhältnisse vornehmen, Eingriffe, die mitunter eine Degradierung des Unternehmers zum reinen Produktionsbeamten des Kartells bedeuten, haben, so möchten wir mit der „Sozialen Praxis“ bemerken, die Unternehmer auf sich nehmen gelernt, nicht sehr willig, aber doch mit mächtiger Einsicht in die Notwendigkeiten des wirtschaftlichen Produktions- und Abzuges. Hier ist die Diktation vom „Herrn in eignen Hause“ längst, und oft gerade von den größten Unternehmern abgelehnt worden. Auch mit den Notwendigkeiten der Organisation des Marktes der Arbeitskräfte und seiner Disziplin, der Arbeiter, sich nicht, ohne veraltete Sentiments in vertraglicher Regelung abzufinden, erhebt sich die geschäftliche Klugheit. Die Stimme in der „Kartellkritik“ ist ein Zeichen, daß dieser in vielen Gewerben bereits anerkannte Geschäftsstandpunkt auch in den bisher ablehnenden, weil auf ihre wirtschaftliche Macht pochenden, kartellierten Industrien Anhänger zu werben beginnt.

Die Tuberkulose-Ausstellung in Berlin.

Unter außerordentlich lebhafter von Tag zu Tag wachsender Beteiligung findet seit Mitte Januar in Berlin eine Tuberkulose-Ausstellung statt. Dank der jahrelangen, unermüdbaren Aufklärungsarbeit werden sich auch die großen Massen allmählich klar, daß sie mühevoll im Kampf gegen die verheerendste aller Volkskrankheiten. Zu dieser Mühseligkeit aber ist vor allen Dingen Verständnis über das Wesen der Tuberkulose, ihre Entstehung und Verbreitung, erforderlich und dieses Verständnis zu wecken resp. zu fördern, ist der Zweck der Ausstellung, den sie, das mag vorausgesetzt sein, in bester Weise erreicht. Große anatomische Präparationskabinette und Präparate zeigen den Bau des menschlichen Körpers in allen seinen Einzelheiten, dann folgen, als Ursachen der verheerenden Krankheit, die verschiedenen gewerblichen und industriellen Staubarten in Gläsern angeordnet mit photographischer Abbildung eines mikroskopischen Präparates jeder Staubart. Diese Abbildungen sind außerordentlich lehrreich, da die meisten Arbeiter kaum wissen, wie der Staub aussieht, den sie täglich im Betriebe einatmen und welche spitzigen, scharfen Ecken oder Kantens er oft besitzt. Für die 3 Gruppen: Metallischer Staub (Erzbergbau, Steinbauarbeiter, Steinmetz, Maurer u. a.) und organischer Staub (Holzarbeiter, Fagarenmacher, Zement- und Papierindustrie) sind zahlreiche Proben aus den einzelnen Arbeitsgebieten vorhanden. Das Einbringen von Tuberkelbakterien in ein Lungengewebe sowie die Entstehung der Tuberkulose im Mund, Rachen und Ohr sind auf Abbildungen deutlich und auch dem Laien verständlich dargestellt.

Was noch interessanter an der Tatsache vorübergeht, daß diese schmerzliche aller Volkskrankheiten von Jahr zu Jahr in Deutschland jährlich mehr als 10.000 Menschen nur an Tuberkulose — der würde sicherlich durch die unerschütterlichen sanitären Taten aus ihrer gefährlichen Trägheit über ihrem Grolmus aufzuwachen werden. Jeder dritte im erwerbsfähigen Alter lebende Mensch erliegt der Tuberkulose. Hier stehen aber alle überaus traurigen Verhältnisse im Vordergrund. Der Fortschritt und die Fortschritte zeigen dabei geringere Sterblichkeit als bei den Tieren, Säugern und Vögeln, da namentlich die Vo-

lkerung, die jährlich, jährlich 10 und mehr Stunden des Tages in der Fabrik oder Werkstatt tätig ist und die andere Zeit in engen, ungesunden Wohnungen, denen es zumeist an Luft und Licht fehlt, zubringt, der Gesundheit und speziell den Lungen mehr zusetzt, als es in Gegenden mit vorwiegend landwirtschaftlicher, sich im Freien abspielender Beschäftigung der Fall ist. Mecklenburg-Strelitz z. B. zeigt die geringste Sterblichkeit mit 65,8 (auf 10.000 Lebende nach den Jahren 1905/06), während sie im Regierungsbezirk Breslau mit 101,4 Todesfällen am höchsten ist.

Wie bei den meisten anderen Krankheiten ist Vorbeugen sicherer als Heilen und nachdem die Ärzte die Ursache der „weißen Pest“ im Tuberkelbazillus gefunden, haben sie auch Mittel und Wege an die Hand gegeben, eine Verhütung jener Krankheit möglich zu machen. Zu den allgemeinen Verhütungsmahregeln zählt neben einer sorgfältigen Zahnpflege eine gute und kräftige Ernährung, die alle zum Aufbau und Erhaltung des Körpers erforderlichen Nährstoffe, besonders aber Eiweiß, Fett, Kohlehydrate und Wasser enthalten soll. Ein erwachsener mittelgroßer Mann soll nach Berechnung bei mittelschwerer körperlicher Arbeit täglich etwa 118 Gramm Eiweiß, 50 Gramm Fett und 500 Gramm Kohlehydrate zu sich nehmen, Nahrungsstoffe, die für eine Ausgabe von etwa 50 Pf. zu erhalten sind. Die wichtigsten Nahrungs- und Gemischmittel sind auf Tafeln nach ihrem Gehalt an Nährstoffen angegeben, eine recht lehrreiche Zusammenfassung aus der wir bloß 2 viel genossene Getränke gegenüberstellen wollen:

100 Gramm Bohnensuppe enthalten 87,5 Wasser, 3,5 Eiweiß, 3,8 Fett, 4,8 Zucker, 0,8 Salz.

100 Gramm Kronenbier enthalten 65 Wasser, 0 Eiweiß, 0 Fett, 0 Zucker, 55 Alkohol.

Die Stellung der Tuberkulosebekämpfung geht schon aus diesen beiden Zahlen hervor, aber auch andere unabweisliche Beweise, wie sehr der Alkoholgenuss, besonders im Uebermaße, den Gesamtorganismus schwächt und die Kinder für Tuberkulose empfänglich macht, sind vorhanden. Bei ständiger naher Berührung mit Tuberkulose in der Familie oder an der Arbeitsstätte müssen natürlich auch eingreifende Verhütungsmahregeln getroffen werden und auch hierzu bringt die Ausstellung viel Lehrreiches.

Alles in allem hat das deutsche Zentralkomitee zur Bekämpfung der Tuberkulose mit dieser Veranstaltung eine Fülle von Material in übersichtlicher Weise zusammengetragen, wie ich es noch nie gesehen habe und es wäre dringend zu wünschen, daß auch anderen Industriezentren beratende Gelegenheiten zur Aufklärungsarbeit geboten würde, damit die großen Massen immer erfolgreicher in den Kampf gegen die weiße Pest mit eingreifen könnten. Dr. W. B. Schl.

Gewerkschaftliches.

Fratum oder ... ?

Die Berliner Fachabteilungen haben mit Anfang d. J. eine Neuregelung ihres Unterscheidungszeichens vorgenommen, die in der Hauptsache eine ganz erhebliche Reduzierung des Krankengeldes bezweckt. Schon sie selber stützten mit ihrem höhern Krankengeld eine marktschreierische Reklame getrieben haben, und jetzt gezwungenermaßen zurücktreten müssen, hätten wir gar keine Veranlassung genommen, die Sache zu erwähnen, wenn uns nicht etwas anderes dazu zu sagen würde. Um die Herabsetzung des Krankengeldes den Mitgliedern schmerzhafter zu machen, hat die Leitung der Fachabteilungen für die einzelnen Berufsgruppen große Tabellen drucken lassen, die eine Gegenüberstellung der Beiträge und Leistungen der verschiedenen Organisationsrichtungen enthalten. In der Metallarbeiter-Tabelle werden in der Rubrik: „Lohn-Einzahlungen festgelegter Beiträge“ für den christlichen Metallarbeiterverband Beiträge von 25 (für Jugendliche), 50, 70 Pf. und 1,- Mk. angegeben.

Wir fragen die Zentralinstanz der Fachabteilungen, in welchen Einnahmen des christlichen Metallarbeiterverbandes diese Beiträge festgelegt sind? Die Angaben in der Gegenüberstellung sind nämlich falsch, sie sind um je 10, für die Jugendlichen um 5 Pf. zu hoch angegeben. Ist das ein Fratum oder sollte es getrieben sein, um die Leistungen des christlichen Metallarbeiterverbandes herunter zu drücken? Die Sache ist um so schmerzhafter, da in der oben Rubrik die Beiträge für den sozialdemokratischen Metallarbeiterverband mit 25 und 50 Pf. richtig angegeben sind. Die verantwortliche Leitung der Fachabteilungen wird nicht unklar können, daß zu der Sache zu äußern und die falschen Angaben richtig zu stellen.

Wissen und Verleumdung

gebört zum Handwerkszeug gewisser sozialdemokratischer Verbandsfunktionäre. In aller Einnormung ist noch die Klaffenklage, die der Reichsleiter Hoffmann vom sozialdemokratischen Metallarbeiterverband in Wormheim im Herbst 1910 organisierte. Die Ereignisse der sozialdemokratischen Verbandsmitglieder wird auf eine solche Art in den Hof gezogen. Wenn solchen „Wespen“ die Ehre der einzelnen Mitglieder nichts gilt, dann erst recht nicht die Ehre der christlichen Metallarbeiter. Hierfür liefert die

Nummer 4 der Metallarbeiterzeitung vom 28. Januar dieses Jahres einen neuen Beweis. Unter den Korrespondenzen verbricht in Bochum eine „Geisteskrankheit“ einen Artikel, über „Christentum“, den er mit folgender Verleumdung beginnt:

„Schon wiederhol haben wir die Erfahrung machen müssen, daß wir, wenn der deutsche Metallarbeiter, das Organ des „christlichen“ Metallarbeiterverbandes, irgendwelche Lügennachricht über Vorkommnisse in dem Bereich unserer Verwaltungsteile in die Welt setzt, die betreffende Nummer unseres Postabonnements erst auf besondere Reklamation erhalten können. So war es auch wieder mit der Nummer 1 vom 7. Januar, die wir erst nach mehrmaliger Reklamation bei der Post am 17. Januar erhalten konnten. Scham kann es doch nicht sein, was die „Christlichen“ veranlaßt, uns die betreffende Nummer vorzuhalten. Wir glauben eher, annehmen zu dürfen, daß die Absicht besteht, eine Ernüchterung und Nichtachtung unsererseits zu verzögern oder zu verhindern, um dann mit um so größerer Dreistigkeit die in echt „christlicher“ Weise verbreiteten Lügen als Wahrheit zu bezeichnen.“

Dem beschränkten Verstande des Stribanten in Bochum wollen wir zugute halten, daß er infolge seiner Erziehung zur Unehrlichkeit gegen christliche Gewerkschaftler, nicht anders denken kann. Er ist das Produkt der Verhältnisse im sozialdemokratischen Metallarbeiterverband. (Daß der Inhalt unserer Verbandszeitung dem Genossen in Bochum unangenehm ist, glauben wir gern, denn die Wahrheit ist oft bitter. D. R.)

Anderes liegen jedoch die Dinge bei der Redaktion der Metallarbeiterzeitung in Stuttgart. Die Redaktion der Metallarbeiterzeitung in Stuttgart hat diese Verleumdung des Genossen in Bochum, wider besseres Wissen in die Öffentlichkeit gebracht. Auf Grund des § 11 des Pressegesetzes ist darum der Metallarbeiterzeitung am 27. Januar eine Verurteilung zugewandt, für die dieswöchentliche Nummer.

Die sozialdemokratische Redaktion weiß genau, daß dem Verleger einer Zeitung die Postabonnenten mit Namen und Wohnort gar nicht bekannt sind. Aus dem Grunde ist es unmöglich, dem Bezahler in Bochum den deutschen Metallarbeiter vorzuhalten. Die Post bekommt jede Woche die von ihr geforderten Exemplare, dann ist es Sache der Post, die Zeitungen an die Poststeller richtig abzuliefern. So liegen die Verhältnisse in Wirklichkeit.

Weil jedoch bei den Sozialdemokraten, jede Lüge und Verleumdung gegen die christlichen Gewerkschaften dazu dienen soll, den Berg von Unwahrhaftigkeit im sozialdemokratischen Lager zu verdecken, werden immer neue Lügen erfunden. Christliche Metallarbeiter, merkt Euch solche Fälle. Die Lügengewissen müssen wissen, daß sie uns gerüstet finden. Hierzu ist die beste Vorbeuge getroffen, wenn wir alle helfen, daß unser Verband recht bald 40.000 christliche Metallarbeiter zu Mitgliedern zählen kann.

„Proletarier“

Der Satz des „Genossen“ Wobbel auf dem Magdeburger sozialdemokratischen Parteitag, der den Massen „geundes demokratisches Mißtrauen“ gegen ihre Führer empfiehlt, ist in den letzten Wochen mit der Veranlassung gewesen zu einer ausgiebigen Erörterung des Themas „Demokratie und Gewerkschaften“ in der sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftspreße. In derselben hat sich besonders hervorgetan der sum radikalen Flügel des sozialdemokratischen Heerbanes zählende „Genosse“ Pannetoe, der hierbei wieder einmal die Gelegenheit wahrnahm, seinen Unmut an den treueinstimmigen Gewerkschaftsführern auszulassen und ihnen alle Schuld zuzuschreiben, wenn die mehr revolutionär gesinnten Massen der Gewerkschaftsmitglieder ihnen ein begründetes Mißtrauen entgegenbrächten. Dieser „Genosse“ Pannetoe, der die in „gehobener Stellung“ befindlichen Gewerkschaftsführer so schlecht leiden mag, ist derselbe, der in einem Artikel „Unteroffiziere“ im Dezember 1909 in sozialdemokratischen Blättern von diesem schrieb: „Diese Arbeiterbeamten leben unter Verhältnissen, die von denen der Proletarier verschieden sind. Wenn sie auch nicht alle finanziell besser gestellt sind als die besser entlohnten Arbeiter, so ist ihre Lebensstellung doch sicherer und ruhiger; sie stehen als festbesoldete Beamte der niederen Intelligenz und der staatlichen Bürokratie gleich. Daher wird nur zu oft namentlich die revolutionäre Gesinnung einer bürgerlichen Lebensauffassung weichen. So entsteht nach und nach ein Gegensatz zwischen den Massen und den Führern.“

Diese systematische Hetze gegen die Gewerkschaftsführer durch den „Genossen“ Pannetoe ging der Generalkommission der freien Gewerkschaften doch zu sehr wohl über die Dutschaur und in der letzten Nummer (2) ihres „Korrespondenzblattes“ stellt sie dem „Genossen“ Pannetoe folgende Qualifikation aus:

„Die ganze Art der Pannetoeschen Kritik ist um so zübelter, als sie ausgeht von einem Manne, dessen bürgerliche Lebensverhältnisse und Lebensgewohnheiten wohl allen Gewerkschaftsbeamten in Deutschland ohne Ausnahme unerreichtbar bleiben werden. So leid es uns tut, persönliche Verhältnisse in die Erörterung ziehen zu müssen, so läßt es sich in diesem Falle nicht vermeiden. Nicht wir haben damit begonnen, die gesicherte Lebensstellung mit dem proletarischen Massenbewußtsein in Zusammenhang zu bringen. Pannetoe ist vom Bildungsausmaß der Partei und Ge-

Werkstätten in Bremen als wissenschaftliche Lehr-
 trau mit 4000 Mark Jahresgehalt angestellt.
 Die Gewerkschaften tragen 1500 Mk. jährlich
 zu seinem Gehalte bei. Damit kann vermutlich
 ein Mann aus seinen Sphären nicht ankommen, und
 so wurde gleich bei seiner Anstellung betont, daß dies
 nur die „Grundlage zu seiner Existenz“ sein
 sollte. Für seine schriftstellerische Tätigkeit wurde ihm
 das weiteste Feld offen gelassen. Seine Anstellung be-
 anspruchte nur wenige Stunden seiner Tagesarbeit; für
 alle Vorträge außerhalb Bremens erhält er seine be-
 sondere Entschädigung. Seine Artikel für die Parteipresse
 bringen ihm einen erheblichen Nebenverdienst, und seine
 Korrespondenz, deren Druck ihm die „Bremer Bürger-
 zeitung“ kostenlos vermittelt, wird für eine Monatsaus-
 gabe von 20 Mark von zahlreichen Blättern nachgedruckt.
 So wird sein Einkommen in Bremen auf das Vier-
 bis Fünffache dessen geschätzt, was die von ihm an-
 gegangenen Gewerkschaftsbeamten erhalten. Auch seine Le-
 bensgewohnheiten stehen auf einer ungleich höhern
 Stufe. Er wohnt in der Prager Straße in Bremen, einer
 Gegend, wo sonst nur die wohlhabende Bour-
 geoisie zu wohnen pflegt, wie man in Bremen sagt:
 in „Prosenhausen“, wo es natürlich viel leichter
 ist, mit den Arbeitermassen in Fühlung zu bleiben, als den
 Gewerkschaftsbeamten, die in Arbeiterstraßen wohnen. Daß
 sich Pannekoek weibliche Dienstdoten hält, die er noch dazu
 durch ein bürgerliches Blatt, statt durch den Dienst-
 borenemweis sucht, gehört ebenfalls nicht zu den pro-
 letarischen Gewohnheiten, die zu besonderen Klassen-
 bewußtsein befähigen. Wer solchen Wert auf die An-
 nehmen der bürgerlichen Wohlhabenheit legt, der
 sollte es mühslich peinlichst vermeiden, den Gewerkschafts-
 beamten ihre gesicherte Existenz als Hindernis revolu-
 tionärer Gesinnung zum Vorwurf zu machen.“

Das ist also der „Gemoje“ Pannekoek, der in der
 sozialdemokratischen Presse den schimmlichen Radiaten
 spielt und trotz seiner „bürgerlichen Lebensgewohn-
 heiten“ es nicht verschmäht, die proletarischen In-
 stinkte nicht bloß gegen die Bourgeois, sondern sogar
 gegen die „Proletarier in gehobener Lebensstellung“,
 die Gewerkschaftsführer, wahrzunehmen. Dieser Pannekoek
 hat nun durch das „Korrespondenzblatt“ seine Porträ-
 tierung gefunden, aber der Pannekoeks gibt
 es in der Sozialdemokratie noch viele!

Wo herrscht Koppligkeit?

Sozialdemokratische Zeitungsschreiber sind zur Zeit
 emsig bemüht, den christlichen Gewerkschaften „Kop-
 pligkeiten“ und Verwirrung im eigenen Lager anzudichten.
 Auf welche Art und Weise und mit welcher Laus dies
 geschieht, zeigt der „Vorwärts“ (Nr. 16) in äußerst
 bezeichnender Weise. Der Gewerksverein der christlichen
 Werarbeiter hatte die Taktik des sozialdemokratischen
 Verbandes, der in öffentlichen Belegschaftsversamm-
 lungen über die Lohnfrage entscheiden lassen wollte, in
 einer Erklärung als falsch bezeichnet und abgelehnt.
 Gewerkschaftlich war das vollausgeübt und korrekt.
 Dem „Vorwärts“ aber ist dies ein „spastischer Er-
 gruß“. An zwei nebeneinandergestellten Äußerungen
 wollen wir nun zeigen, wo „alles sinnlos durcheinander-
 kreucht“:

„Erläuterung des christl. Gewerks-
 vereins.“
 „Unbedingt muß daran fest-
 gehalten werden, daß entschei-
 dende, die Organisationen ein-
 bringende Beschlüsse bei Lohnbewe-
 gungen nur von den Organi-
 sationen bzw. den Versamm-
 lungen der organisierten Arbeiter
 gefaßt werden können. Belegschafts-
 versammlungen, in denen
 auch unorganisierte — oft in der
 Mehrzahl — vertreten sind,
 kann nicht das Recht gegeben
 werden, über die Schritte zu ent-
 scheiden, die in einer von den
 Organisationen eingeleiteten Be-
 wegung getan werden sollen.“

Die sozialdemokratische „Rei-
 nische Zeitung“ in Köln Nr.
 160/1905:
 „Eine Volksverammlung,
 deren Mehrheiten oder
 Minderheiten frei von der
 zufälligen Zusammen-
 setzung abhängen, dar-
 in solche Fragen, die in das
 eine Gebiet der Gewerkschaften
 eingreifen, niemals die
 Entscheidung haben. Die
 Gewerkschaften müssen es ableh-
 nen, sich von Volksveramm-
 lungen in Dingen Beschlüsse
 auferlegen zu lassen, für die
 die Räten der Gewerkschaften
 aufzukommen haben. Eine
 Volksverammlung kann
 niemals für die von ihr
 gefaßten Beschlüsse
 haftbar gemacht werden.“

Diese — sinngemäß vollständig gleichen — Selbst-
 verständlichkeiten sind dem sozialdemokratischen Zentral-
 organ nur ein „spastischer Ergruß“. Und die Koppligkeit
 im christlichen Gewerksvereinslager will der „Vorwärts“
 noch besonders darin entdeckt haben, daß in der gleichen
 Erklärung die unorganisierten Bergarbeiter zum Besuch
 öffentlicher, vom christlichen Gewerksverein einberufenen
 Versammlungen aufgefordert wurden. Ein derart „kurzes
 Gedärm“ will er selbst bei den „Christen“ nicht vermutet
 haben. Noch früheren Leistungen des „Vorwärts“ auf
 diesem Gebiet braucht man sich über den hier verzapften
 Uninn allerdings nicht mehr zu wundern. Die sozial-
 demokratischen Zeitungsschreiber können oder wollen
 es aufeinander nicht aperen, daß zwischen öffentlichen
 Versammlungen, die Aufklärungs- und Propaganda-
 zwecken dienen und solchen, in denen über Lohn-
 forderungen Beschlüsse gefaßt werden sollen, ein merk-
 licher Unterschied besteht. Dieser Unterschied darf im
 vorangehenden Fall aber behauptet nicht zugestanden
 werden, weil es sonst unmöglich wäre, eine „Kopplig-
 keit der Christen“ zu konstruieren und den Massen mit
 abstrakten Phrasen das Gehirn zu verleiern.

Freiheitskämpferliche Rhnen.

Laut Bericht der Düsseldorf sozialdemokratischen
 „Volkszeitung“ (Nr. 6, 1911), hielt am 2. Januar d. J.
 in der Jahrestelle Düsseldorf des „freien“ Holzarbeiter-
 verbandes ein Herr Meenen einen Vortrag über den
 Werdegang des Lebens. Das genannte Blatt schreibt
 darüber:
 „In eingehender Weise wurde die Stellung des
 Menschen in der Natur behandelt und dargelegt, daß
 der Mensch das höchst entwickelte Wesen auf der
 Erde sei, aus tierischem Zustand habe er sich zu seinem
 heutigen Stande emporgearbeitet. Mit den sog. Men-
 schenaffen der Gegenwart (dem Gorilla, Orang-Utang,
 Schimpanse u. a.) verbindet ihn gemeinsame Rhnen.
 In Wort und Bild wurden verschiedene Stadien in
 dieser Beziehung vorgeführt und erläutert. Mit einem
 wirklichen Schlußwort beendete Herr Meenen seine
 wertvollen, klaren und für jeden verständlichen
 Ausführungen. Daß die Zuhörer dem Vortrag mit großer
 Aufmerksamkeit zuhörten und lebhaften Beifall gaben,
 mag beweisen, eine wie dankenswerte Aufgabe die
 Veranstaltung gerade derartiger Vorträge für unsere
 so bildungshungrige Arbeiterbevölkerung ist.“

Dazu bemerkt das Organ des christlichen Holzarbei-
 terverbandes treffend:
 „Die Versammelten mußten ja schon wissen, woher
 sie stammen. Jedenfalls hat der „lebhafteste Beifall“,
 der gezollt wurde, bewiesen, daß man sich mit Ge-
 nugung und besonderer Freude der Betern Orang-
 Utang, Gorilla und Schimpanse in den Wäldern der
 erdtrischen Länder erinnerte. Wie verbannt, hat die
 Jahrestelle Düsseldorf des sozialdemokratischen Holz-
 arbeiterverbandes beim Hauptverband den Vortrag ge-
 stellt, den gemeinsamen Rhnen im Verbands-Almanach
 1912 im Bande wiederzugeben. Bei der zahlreichen
 und interessanten Nachkommenschaft hätte der alte Herr
 diese Ehre wirklich verdient.“

Sozialdemokratie und Waffengewalt.

Im Kampfe gegen unsere Bewegung besteht die
 Sozialdemokratie sich nicht selten der demagogischen
 Umschmeichelung der großen Masse, um uns zu schä-
 den. Manmäßig sucht sie insbesondere die Mitglie-
 der unserer Bewegung aufzuheben gegen die Führer,
 indem sie diese als Arbeitervertreter hinstellt, die im
 Gegensatz zur Ansicht und zu den Interessen der
 Mitglieder handeln. Der Schluß der Rede ist dann
 immer: Ihr müßt den Führern den Rücken kehren
 und zu uns, zu der Sozialdemokratie kommen. Da
 ist es besser.

Es ist deshalb angebracht, einmal zu zeigen,
 wie es im sozialdemokratischen Lager in Wirklichkeit
 aussieht, und wie die Führer dortselbst denken. Im
 22. Heft der „Sozialistischen Monatshefte“ vom 27.
 Oktober 1910 bringt Ludwig Quessel einen Artikel
 „Führer und Masse“. In demselben weist er darauf
 hin, daß in der sozialdemokratischen Bewegung nicht
 die Masse, sondern die Führer die eigentlichen Weiter-
 waren. Wörtlich sagt er:

„Aufgehend für die Stellungnahme der Parlamen-
 tarier und Schriftsteller zu den politischen Fragen ist das
 Parteiprogramm und die Parteitradition, deren Entstehung
 in die vierziger Jahre des vorigen Jahrhunderts fällt,
 als der Sozialismus in Deutschland weit mehr eine Sekten-
 als eine Massenbewegung war. Die demokratischen Ideen
 und Traditionen unserer Partei waren damals bürgerlicher
 Beschaffenheit, und die sozialistischen Gedanken, die die
 Arbeiterbewegung beherrschten, gingen her-
 vor aus der Geisteswerkstatt zweier genialer
 jugendlicher Männer, die dem Bürger-
 tum entstammten. Es ist hier nicht der Ort, zu
 untersuchen, welchen Einfluß die Anschauungen der revolu-
 tionären Bourgeoisie auf die Bildung unserer Grundan-
 schauungen gehabt haben. Jedenfalls steht aber
 fest, daß die Massen des deutschen Prole-
 tariats keinerlei Einfluß bei ihrem Zu-
 standekommen ausgeübt haben. Nicht die
 Masse bestimmt heute die Haltung unserer
 Führer, sondern Parteiprogramm und Tra-
 dition, die unabhängig von den Massen
 entstanden sind.“

Und über die sozialistische Praxis sagt Quessel
 an derselben Stelle:

„Daß man daher zu behaupten, daß, eben-
 so wie die Theorie, auch die sozialistische
 Praxis nicht das Werk der Masse, sondern
 das ihrer Führer ist.“

Die Genossen haben also wirklich keine Veranlas-
 sung, in demagogischer Weise über andere herzufallen
 und den Arbeitern vorzumachen, in der sozialdemo-
 kratischen Bewegung hätten sie mehr zu sagen wie
 anderswo.

Religion ist Privatsache.

Auf einer anonymen Postkarte wurden die Hamb.
 Nachr. gefragt, ob ihnen nicht bekannt sei, daß alle
 Angehörigen des sozialdemokratischen Konsumvereins
 „Produktion“ gezwungen würden, aus der Landes-
 kirche auszutreten. Als Vorwand werde die Kirchen-
 steuer genommen, damit der Partei nicht vorgeworfen
 werden könne, sie kämpfte gegen die Religion. Wenn
 bei solchen Ausritten dann der Pastor zu seinem
 Gemeindegliede gehe und Vorstellungen mache, so
 komme es vor, daß ihm die Frau sage: „Mein Mann
 muß so.“ (Mein Mann muß ja.) Als Surrogat seien
 für die Ausgetretenen im Gewerkschaftshause „Frei-
 denkabend“ eingerichtet. Da diese Postkarte ano-
 nym war, hat das Blatt sorgfältige Erkundigungen

eingezogen. Die Angaben werden ihm im wesent-
 lichen bestätigt:

Ein Statut oder eine Klausel im Aufstellungsver-
 trag, die den Austritt fordert, besteht natürlich nicht;
 aber Tatsache ist, daß die Angehörigen des Konsum-
 vereins planmäßig austreten und dem Pastor offen
 angeben, sie seien dazu gezwungen, wenn sie ihre
 Stellung nicht verlieren wollten. Ein Teil von ihnen
 tritt wieder zur Kirche über, wenn er seine Stellung
 verliert oder aufgibt, und läßt sich dann auch bei
 seinem Konfirmationspaß trauen. Bei solchen Aus-
 tritten bemühen sich auch die Pastoren schon gar nicht
 mehr, den Abgefallenen zurückzugewinnen, weil sie
 erfahrungsgemäß vergebens kommen würden. Es
 liegt also kein statutarischer Zwang,
 wohl aber ein terroristischer Druck vor,
 der sich keineswegs mit dem Veritas ver-
 trägt, daß Religion Privatsache sei. —
 Es wäre auch verwunderlich, wenn die sozialdemo-
 kratischen Konsumvereine den Programmsatz „Reli-
 gion ist Privatsache“ anders auffassen würden, wie
 die „freien“ Gewerkschaften.

Die Freiheitskämpfer vom Sonntag.

Unter dieser Stichmarke finden wir in Nr. 4
 der „Baugewerkschaft“ folgende Notiz, die die roten
 „Freiheitskämpfer“ in ihrer ganzen Freiheit zeigt:
 „Am Sonntag, den 8. d. Mts. demonstrierten die
 Mülhauser „Genossen“ für freieschliche und demo-
 kratische Gestaltung des Wahlgesetzes zum Landesaus-
 schuß für Hoch-Lothringen. Laut Klagen durch die
 Straßen der Stadt die „freiheitskämpfer“ Sozialisten-
 lieber! Die „Internationale“ durfte öffentlich ge-
 merkt werden. Die Polizei hat sich den roten Demonst-
 ranten gegenüber sehr entgegenkommend gezeigt. Es war
 ein wirklicher Tag der Freiheit für die Sozialisten.“

Das war am Sonntag! Am Montag seht
 aber die sozialdemokratischen Grund-
 arbeiter, die mit an der Spitze der Demo-
 strationszüge marschierten, ihre wirk-
 lichen Freiheitsbegriffe in die Tat um-
 setzen verlangten die sofortige Entlassung
 eines christlich organisierten Grund-
 arbeiter, der am selben Tage die Ar-
 beit aufgenommen hatte. Der Polier ent-
 ließ den Arbeiter mit dem Bemerkten: „Ich kann
 Sie nicht mehr beschäftigen, sonst legt
 die ganze rote Gesellschaft die Arbeit
 nieder. — Gehen Sie zum Staatsanwalt,
 ich kann Ihnen nicht helfen.“!!!

Wir bedauern die ohnmächtige Stellung des Po-
 liers, der sich so leicht durch die rote Gesellschaft
 beeinflussen ließ. Bei städtischer Arbeit ist solches
 unvermeidlich. Ein Pfui Teufel! aber über eine
 solche Gesellschaft, die Sonntags für größere
 Freiheit demonstriert und am Montag
 den brutalsten Terrorismus ausübt!!!
 Leider haben die sozialdemokratischen Grundarbeiter
 bei den städtischen Arbeiten abermals ihren Willen
 durchsetzen können. Was sagt nun die Stadtverwal-
 tung zu diesem neuen sozialdemokratischen Gewalt-
 streich?? Was sagt der Bezirksleiter des roten Ver-
 bandes, Herr Karlchen Beigt dazu? Er jagte bekannt-
 lich in einer öffentlichen Versammlung in Mülhausen:
 „Terrorismus üben bloß die Christlichen, und wir
 vermeiden sie nicht darauf!“ — — —

Streiks und Lohnbewegungen.

**Die Beendigung des Kampfes in der Neuschäpfer
 Feilenindustrie.**

Der Kampf in der Neuschäpfer Feilenindustrie, unter
 Führung des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes,
 hat nach 29wöchiger Dauer nunmehr sein Ende gefunden.
 Für die Feilenarbeiter ist dabei leider nichts heraus-
 gekommen. Am 19. Januar wurde auf Drängen der
 Führer des Deutschen Metallarbeiterverbandes hin be-
 schlossen, den Kampf abzubrechen und zu den alten Be-
 dingungen wieder in die Betriebe hinauf zu gehen. Die
 Zahl der Beteiligten bis zum Abbruch des Kampfes betrug
 annähernd 700, von denen 60 unserm Verbands ange-
 hörten. Es handelte sich um die Einführung eines allge-
 meinen Lohntarifs für die Maschinenbauer und Feilenar-
 beiter, den die Feilenfabrikanten rundweg ablehnten. Be-
 merkenswert ist, daß der sozialdemokratische Metallarbei-
 terverband glaubte, die Bewegung wieder einmal ohne die
 Christlichen machen zu können. Anstatt uns von Anfang
 an in entsprechender Weise zu berücksichtigen, suchte man
 uns vielmehr vollständig auszuschalten. In demselben Tage
 nämlich, als der Tarif dem Arbeitgeberverband zugestimmt
 wurde, sandte man seitens des sozialdemokrati-
 schen Verbandes auch uns ein Exemplar zu mit folgender
 Bemerkung:

„Nicht übersehen wir Ihnen den von der Lohn-
 kommission der Maschinenbauer Kampfscheids ausgearbeiteten
 Akkordtarif. Wir erlauben Sie herzlich, denselben Ihren
 Mitgliedern, die bei dieser Bewegung in Frage kommen,
 zu unterbreiten und geben uns der angenehmen Hoffnung
 hin, daß Sie bei einem eventuellen Kampf Solidarität
 üben werden.“

Also wir sollten Stellung nehmen zu dem Tarif,
 wo ihn die Unternehmer schon in Händen hatten. Letztere
 suchten den Tarif rundweg ab, worauf der Bezirksleiter
 Walbrecht und Geschäftsführer Müller vom sozialdemo-
 kratischen Metallarbeiterverband beim Arbeitgeberverband so-
 wohl wie auch bei den einzelnen Feilenfabrikanten vor-
 stellig wurden, und zwar ebenfalls ohne uns vorher in
 Kenntnis zu setzen. Als alle Stricke gerissen waren, da
 kam man endlich auch zu uns, damit wir retten sollten.

was noch zu retten war. Daß wir angesichts dieser Tatsachen es ablehnen mußten, die Verantwortung für den nunmehr folgenden Streik zu übernehmen, versteht sich von selbst. Denn wir trotzdem volle Solidarität geübt haben, so geschah es aus dem Grunde, weil die Lohnverhältnisse der Feilenhauer einer Aufbesserung bedürfen. Namentlich in den Orten Haderbornwald und Vermeßbüchen, wo unsere Kollegen in Frage kamen.

Selbst während des Streiks wurden wir seitens der Führer des sozialdemokratischen Verbandes besonders über die Vermögensverhältnisse möglichst im Unklaren gelassen. (Zu Vermögensverhältnissen selbst kamen keine Mitglieder von uns in Frage.) So hat sich denn herausgestellt, daß gerade die unzulänglichen Organisationsverhältnisse in Remscheid den Streik zum Scheitern gebracht haben. Ein verhältnismäßig großer Teil blieb in den Betrieben, sodaß einzelne größere Betriebe überhaupt nicht betroffen werden konnten, weil keine organisierten Arbeiter dort beschäftigt waren. Diese Leute haben selbstverständlich sämtlich Streikarbeit gemacht. Dazu kommt noch, daß die Handhauer in Remscheid, die ebenfalls einen Tarif eingereicht hatten, während des Streiks der Maschinenhauer und Hülsenarbeiter den Tarif mit den Unternehmern abschlossen. Wohlgerührt die Handhauer sind Mitglieder des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes. Sie gehen hin und schließen mit denselben Fabrikanten einen Tarif ab, mit denen die Maschinenhauer und Hülsenarbeiter im Streik stehen. So sind sie den eigenen Kollegen in den Rücken gefallen und haben Streikarbeit gemacht.

Wenn heute die Leitung des Deutschen Metallarbeiterverbandes sagt, sie wäre mit dem Abschluß des Handhauertarifs nicht einverstanden gewesen, so klingt das doch eigenartig gegenüber der Tatsache, daß es in den Tarifen, welche seitens des Metallarbeiterverbandes abgefaßt wurden, ausdrücklich heißt: „Vereinbart zwischen den Feilenfabrikanten und den im Deutschen Metallarbeiterverband organisierten Feilenhauern“. Weitere Worte hierzu sind überflüssig. Daß aber unter diesen Umständen die Fabrikanten keineswegs Spiel hatten, versteht sich von selbst. Zu alledem kommt noch hinzu, daß seitens sozialdemokratischer Verbände in Remscheid unter Führung des Deutschen Metallarbeiterverbandes auch der Öffentlichkeit gegenüber eine vollständig verteilte Lattitüde geübt wurde. Bekanntlich ging der Arbeitgeberverband von Remscheid und Umgebung während des Streiks dazu über, einen Unternehmerarbeitsnachweis einzurichten. In- statt nun, wie das notwendig gewesen wäre, in sachlicher einschüßlicher Weise hiergegen Stellung zu nehmen, wurde dieser rein wirtschaftliche Kampf auf das politische Gebiet übertragen. Es wurden Demonstrationen veranstaltet, welche zu Zusammenstößen mit der Polizei führten. In den Protestversammlungen, die vom „freien Gewerkschafts-komitee“ veranstaltet waren, lagen Abonnementzettel von der sozialdemokratischen „Remscheider Arbeiterzeitung“ und Beitrittsklärungen zum sozialdemokratischen Volksverein auf sämtlichen Tischen. In den Reden wurde mit altem Redeschwund zum Scheitern in den sozialdemokratischen Volksvereinen aufgefordert und zum Schluß eine einstimmige Resolution zugunsten der sozialdemokratischen Verbände verlesen. Als die Genossen von christlicher Seite auf das Streik ihrer Handlungsweise hingewiesen wurden, rief der bei der Sitzung anwesende Beamte des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes in Remscheid: „Wir kennen keine Neutralität. Das war einmal. Heute aber nicht mehr!“

Jetzt sagen die Unternehmer und die Öffentlichkeit, daß es sich hier nicht mehr um einen rein wirtschaftlichen Kampf handelte, sondern daß dieser Kampf von den sozialdemokratischen Verbänden zu einem politischen Kampfe der Sozialdemokratie gestempelt wurde. Alle diese Momente haben dazu geführt, daß der Kampf für die Arbeiterklasse verloren gegangen ist. Die Arbeiterklasse sieht heute auch schon mehr und mehr ein, daß sie von den sozialdemokratischen „Führern“ hinter List geführt worden ist, was besonders deutlich in der letzten Versammlung der Streikenden zum Ausdruck gekommen ist. Hier die gesamte sozialdemokratische Arbeiterklasse von Remscheid und Umgebung ist dieser Kampf eine eindringliche Lehre, dem christlichen Metallarbeiterverband beizutreten, damit in Zukunft ähnliche Vorkommnisse vermieden werden. Hätte bei dieser Bewegung der christliche Metallarbeiterverband, gestützt auf eine große Mitgliederzahl, seinen Einfluß voll zur Geltung bringen können, so wäre die Arbeiterklasse zum mindesten vor ähnlichen Enttäuschungen bewahrt geblieben.

Zur Beachtung. Bei allen Lohnbewegungen ist jede Woche vor Metallarbeitern ein Bericht, wenn auch nur per Postkarte, über den Stand der Bewegung einzuwenden, andernfalls fällt die Wirkung der Bewegung gering aus.

Hierich. Bei der Firma Kasper u. Cron, Hierich, stehen die Kettenarbeiter im Streik.

Wiefels-Herford. Bei der Firma Niebaum u. Gutenberg sind die Schlosser, Dreher, Schmiede und Hülsenarbeiter ausgebeutet.

Sundern bei Arnberg i. W. Bei der Firma Winterhof sind wegen schlechtem Disziplin ausgetreten. Jüngling von Metallarbeitern, Schloßern und Klumpen in fern zu halten.

Lausig ist fernzuhalten.

Bestimmungen.

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 5. Februar 1911 der letzte Wochenbeitrag für die Zeit vom 5. bis 11. Februar 1911 fällig.

Die Ortsgruppe Hünxen erhält die Genehmigung zur Erhebung eines Umkleekabins vor d. H. pro Woche. Die Erhebung dieses Beitrages hat die Ortsgruppe Hünxen zu belegen.

Alle Zuschriften in Verbandsangelegenheiten ohne Unterschied sind an die Geschäftsstelle des christl. Metallarbeiterverbandes, Duisburg, Seitenstr. 17, und nicht an die persönliche Adresse einzelner Beamten zu adressieren. Alle Geldsendungen sind von jetzt ab mittels Zahlkarte unserem Postcheckkonto, Kontonummer 10433, bei dem Postcheckamt in Köln zu überweisen.

Zur Beachtung für wandernde und arbeitslose Mitglieder. Alle Kollegen, die Arbeit suchen, sind verpflichtet, sich stets zunächst bei der örtlichen Leitung des Verbandes zu melden, um sich über die einschlägigen Verhältnisse zu erkundigen. Wo keine freigestellten Beamten und Arbeitsnachweise sind, hat diese Meldung dennoch bei dem Ortsgruppenvorstand zu erfolgen. In solchen Orten, wo keine Ortsgruppe oder Geschäftsstelle unseres Verbandes besteht, wende man sich an den zuständigen Bezirksleiter oder den Zentralvorstand. Das gleiche gilt auch für diejenigen Mitglieder, die ihre Arbeitsstelle am Ort wechseln.

Die Aufnahmeberichte von allen dem Verbande beitretenden Mitgliedern, auch von den aus anderen Organisationen überretretenden, sind genau auszufüllen, vom Kassierer der Ortsgruppe aufzubewahren und bei der Quartalsabrechnung mit an die Zentrale einzusenden. Die Kassierer mögen dieses genau beachten, um sich später unnötige Arbeit zu ersparen.

Ring dem Verbandsgebiet.

Schoft. Unsere diesjährige Generalversammlung am 22. Januar war gut besucht, besonders auch seitens der Kollegen aus Hülzburg. Der Vorsitzende, Kollege Hoffmann, erstattete den Jahresbericht. Er konnte zum Schluß seiner Ausführungen feststellen, daß auch unsere Ortsgruppe vorwärts marschiert. Am Schluß des Jahres 1909 zählten wir erst 16 Mitglieder, Neuaufnahmen hatten wir 39 zu verzeichnen, davon sind aus der Ortsgruppe ausgeschieden 13, sodaß wir das Jahr 1910 mit einem Bestande von 42 Mitgliedern abschließen konnten. Zusammen mit einem jüngeren Erfolg, der uns zur unausgesprochenen Weiterarbeit aufmuntern soll. An Versammlungen wurden abgehalten 3 öffentliche und 33 Mitgliederversammlungen; Vorstands- und Vertrauensmännerversammlungen fanden 4 statt. Sodann erstattete der Kassierer den Kassenbericht, in welchem sich ebenfalls die Aufwärtsentwicklung unserer Ortsgruppe wieder spiegelt. Bei der nun folgenden Vorstandswahl wurden die bisherigen Vorstandsmitglieder einstimmig wiedergewählt. Sodann wurde noch ein neuer Kartellbelegierter und zwei Kollegen aus Hülzburg zu Revisoren gewählt. Der Vorsitzende schloß die Versammlung darauf mit einem Appell an die Kollegen, im laufenden Jahre tüchtig weiter zu arbeiten in der Agitation, damit wir bei der nächsten Generalversammlung auf noch größere Erfolge zurückblicken können.

Hülzen. Am Sonntag den 15. Januar hielt unsere Ortsgruppe ihre Generalversammlung ab, die sich eines guten Besuchs erfreute. Der Vorsitzende, Kollege Willy Heesen, erstattete den Jahresbericht, aus dem hervorging, daß die Mitgliederzahl unserer Ortsgruppe sich im vergangenen Jahre verdoppelt und der Bestand der Lokalkasse sich verdreifacht hat. Hierauf erstattete der Kassierer den Kassenbericht, der ebenfalls von der Aufwärtsentwicklung unserer Ortsgruppe zeugte. Auf Antrag der Revisoren erstattete die Versammlung dem Kassierer die erstbeste Entlastung. Bei der nunmehr getätigten Vorstandswahl wurden die Kollegen Willy Heesen zum 1. und Franz Hoffers zum 2. Vorsitzenden, Karl Janßen zum 1. und Peter Wehres zum 2. Schriftführer, Josef Kampf zum 1. und Herrn Jopeters zum 2. Kassierer und Peter Jansen und August Schriepers zu Revisoren gewählt. Zum Schluß hielt Kollege Heesen dann noch einen lehrreichen Vortrag über die Wichtigkeit und Notwendigkeit des Versammlungsbesuches und der Mitarbeit aller Kollegen in der Agitation. Nur durch die eifrige Mitarbeit aller Kollegen würden wir unsere Sache zum Siege führen.

Gebweiler (Sag.) Unser romantisch schön gelegenes Städtchen am Fuße des schönen Vogesengebirges, ist eine schon alte Industriestadt des Oberelsaß. Neben dem Weinbau ist hier auch eine alte Textil- und Metallindustrie vertreten. Wenn unsere Stadt auch auf den Fremden einen sehr guten Eindruck, insolge der vielen Natursehenswürdigkeiten macht, so ist die in ihr tätige Arbeiterklasse doch durchaus nicht auf Rosen gebettet. Besonders in der Metallindustrie und speziell für die Arbeiter der Maschinenfabriken in Gebweiler und Umgebung, sind die Löhne und die Arbeitsbedingungen die denkbar schlechtesten. Die ungelerten Arbeiter, die sogenannten Hülsenarbeiter, die nicht selten den Unterhalt einer zahlreichen Familie zu bestreiten haben, verdienen Tagelöhne von 2,50 M. bis 3 M. Aber auch die gelerten Arbeiter, wie Schlosser, Dreher, Hobler etc. haben unter schlechten Lohn- und Arbeitsbedingungen zu leiden. Stundenlöhne von 35 und 40 Pfennig. Das Behaltensverhältnis steht in „schöner“ Blüte, da bekanntlich Schlinge und jugendliche Arbeiter hübsche Arbeitskräfte sind. Auf die schlechten Lohn- und Arbeitsbedingungen wird es auch wohl zurückzuführen sein, daß nach der letzten Volkszählung die Bevölkerungszahl hier nicht wachsend, sondern zurückgegangen ist. Denn mancher Arbeiter, dem die Löhne schmecken lieb und wert sind, schmecken, da er keinen auskömmlichen Lohn findet, wenn es eben dazu in der Lage ist, den Gebweiler Staat von seinen Hüfen, um sich anderwärts lohnender Arbeit zu suchen. Das eine starke Organisation der Metallarbeiter hier ist. In ja selbstverständlich, denn sonst wären die geschilderten Verhältnisse längst besser geworden. Der sozialdemokratische Metallarbeiterverband hat zwar schon seit Jahr und Tag versucht, die künftigen Metallarbeiter zu organisieren, aber größere Erfolge konnte er nicht erzielen, vor allem keine Befreiung der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Wie an anderen Orten des Elsaß, so hat auch hier die Leitung des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes die Hände gefesselt, um mit den Mitgliedern die Geschäfte der sozialdemokratischen Partei zu betreiben.

Im verflossenen Jahre hat nun unser christlicher Metallarbeiterverband in Gebweiler eingeschaltet. Wenn auch anfangs die Erfolge besser hätten sein können, so hat sich doch in den letzten Monaten ein reges gewerkschaftliches Leben unter den christlich gesinnten Metallarbeitern von Gebweiler und Umgebung bemerkbar gemacht. Die Mitgliederzahl hat sich in der letzten Zeit mehr wie verdoppelt. Vor allem haben sich die jüngeren Kollegen zahlreich dem christlichen Metallarbeiterverband angeschlossen.

Hält die günstige Entwicklung unseres Verbandes, was zu erwarten ist, weiter so an, dann dürften auch für die Metallarbeiter von Gebweiler und Umgebung bald bessere Tage anbrechen, denn der christliche Metallarbeiterverband hat sich nur ein Ziel gestellt, die wirtschaftliche und soziale Hebung der Metallarbeiter Deutschlands. Weil unser Verband nicht die politischen Geschäfte irgend einer Partei zu besorgen braucht, um existieren zu können, wie dies beim sozialdemokratischen Metallarbeiterverband der Fall ist, befreit unser Verband auch die notwendige Stosskraft, um das gesteckte Ziel zu erreichen.

Darum Kollegen von Gebweiler und Umgebung! Ermüdet nicht in der Werbearbeit für den christlichen Metallarbeiterverband. Große Aufgaben stehen uns zu lösen bevor. Darum gilt es jetzt, Massen um unsere Fahne zu sammeln.

Haan. Unsere diesjährige Generalversammlung bot ein Bild reger und intensiver gewerkschaftlicher Tätigkeit. Zum Gegenjahre zu den Jahren 1908 und 1909, wo sich in der Solinger Kleinereisen-Industrie die Wirtschaftskrise in erheblichem Maße fühlbar machte und viele Kollegen mit 2-3 Teilerschichten die Waage und auch mit Lohnabzügen rechnen mußten, war das Jahr 1910 in dieser Beziehung entschieden besser. Selbst die vielbesprochene Maschinenfabrikbranche, welche unter den amerikanischen Bösen anscheinend zu leiden schien, erfuhr ebenfalls einen erheblichen wirtschaftlichen Aufschwung, sodaß im Berichtsjahre in diesem Gewerbe auf den verschiedenen Werken Nebenstunden gemacht werden mußten. Unsere Mitgliederzahl konnte im Jahre 1910 durch die aufsteigende Konjunktur, sowie durch die Lehren, die uns die Unternehmer in der Krisenzeit gegeben hatten, nicht allein in Haan, sondern im ganzen Bergischen Bezirk erheblich gesteigert werden. Den Hauptteil unseres Mitgliederzuwachses brachte uns aber die von unserem neuen Beamten, Kollege Gebborn, im ganzen Bergischen Bezirk eingeleitete Hausagitation.

Aber nicht nur unsere Mitgliederzahl ist gewachsen, sondern auch unser Einfluß ist entschieden größer geworden. — Unsere Sektion hielt im verflossenen Jahre 11 Mitgliederversammlungen und 12 Vorstands- und Vertrauensmännerversammlungen ab. In den Mitgliederversammlungen wurden u. a. Referate gehalten über: „Die Aufgaben der Gewerkschaftsbewegung“, „Sozialdemokratie und freie Gewerkschaften“, „Der Arbeitsnachweis der Unternehmer“, „Bericht über die Duisburger Generalversammlung“, „Die Gewerkschaften“, „Referenten waren die Kollegen Steinacker, Gebborn und Leupke. Am Schluß des Jahres 1909 hatten wir 48 Mitglieder und heute haben wir diese Zahl beinahe verdoppelt. Bei der Vorstandswahl wurde mit Ausnahme des 2. Kassierers der alte Vorstand wieder gewählt. Der Vorsitzende machte noch darauf aufmerksam, daß mehr wie bisher das Bezirkskartell des Kreises Solingen unterstützt werden müsse, weil die Kartelle eine nicht zu unterschätzende Bedeutung für die Arbeiter im öffentlichen Leben hätten.

Kollegen aus Haan! Das Jahr 1910 hat uns einen erheblichen Zuwachs gebracht, allen Kollegen, welche hierzu beigetragen haben, soll an dieser Stelle gedankt sein für ihre Opfer, welche sie für die Organisation gebracht haben, mögen sie auch im neuen Jahre Kämpfer sein für unsere von Idealismus getragene Bewegung. Aber wieviel Kollegen sind es, die eigentlich mitgeholfen? Sehr wenige, immer dieselben. Muß das so sein? Nein! Jeder ist in der Lage, dem Verband einige neue Kollegen zuzuführen. Auch an der Schulung haperts noch bei manchem Kollegen, deshalb hindert eifrig das Verbandsorgan und sonstige gewerkschaftliche Literatur und besucht die Versammlungen, welche in jeder Beziehung aufklärend wirken. Deshalb geloben wir, das Verbandsorgan nachzuholen und unsere Mitgliederzahl wird sich bald wieder verdoppelt haben.

Öber a. S. Am 15. Januar hielt unsere Ortsgruppe ihre Generalversammlung ab. Der Kassierer erstattete zunächst den Kassenbericht. Darauf gab unser Bezirksleiter, Kollege Buchner, einen Rückblick auf die Entwicklung und die Erfolge unserer Ortsverwaltung, die als durchaus günstige bezeichnet werden müssen. Eine ganze Reihe von kleineren Streikpunkten und Differenzen wurden durch das Eingreifen unseres Bezirksleiters in zufriedenstellender Weise beigelegt. Durch eine Reihe von Eingaben und Besprechungen wurden die Interessen der Kollegen bei den in Betracht kommenden Behörden und Werkleitungen wahrgenommen. Daß die Erfolge dieser Tätigkeit nicht so groß sind, ist in erster Linie Schuld derjenigen, welche der Organisation noch gleichgültig gegenüberstehen. Mehrfach war dies aus den Antwortscheiben der Verwaltung hervorgegangen; denn diese ist der Ansicht, daß die nicht organisierten eine Verbesserung ihrer Lage gar nicht wünschen und die Ungerechtigkeiten in die Reichen der Organisation nur von außen hineingetragen sei. Es wäre demnach zu wünschen, wenn die betr. Herren ihre „Unzufriedenheit“ in Untertanendemut vor ihnen erflehenden Schülern einmal rumoren hörten, wenn sie sich unbeschadet wähen sie würden dann wohl selbst zu der Erkenntnis kommen, daß es nicht die besten Brüder sind, die der Organisation ihrer Standesgenossen fernbleiben — und ihre Munde von Unzufriedenheit meistens sehr weit entfernt sind. Bei der nun getätigten Vorstandswahl wurden die früheren Vorstandsmitglieder wiedergewählt; nur für den ersten Vorsitzenden, welcher aus sachlichen Gründen eine Wiederwahl nicht annehmen konnte, wurde ein anderer Kollege gewählt.

In den Wünschen der Belegschaft, betreffs der dritten Pflanze in der Schmelzhütte, noch nicht Rechnung getragen ist und auch sonst noch Mängel vorliegen, wurde Kollege Buchner beauftragt, nochmals bei der Werkleitung vorzubringen. Lebhaftige Klage wurde auch über die ärztliche Behandlung der Belegschaft geführt; es wurde dem Wunsch Ausdruck gegeben, daß ein zweiter Krankenhaus angelegt wird, und die Familienmitglieder freie ärztliche Versorgung bekommen. Als ein Rückschritt ist es bedauerlich zu bezeichnen, daß die Krankheitsbeiträge bei

abgesetzt sind. Nach einem kurzen Schlusswort des Kollegen Buchner wurde die sehr ausgiebig verkaufene Ver-

Kollegen! Der Verkauf der Verammlung hat uns gezeigt, daß noch Vieles der Besserung bedarf. Wer die große Masse ist selbst Schuld an ihrer schlechten Lage. Viele Kollegen leben nur gleichgültig in den Tag hinein, bei andern ist der Mangel an Opferwilligkeit und Mut, der sie der Organisation fernhält. Deshalb lehnt die Verwaltung auch lächelnd die Forderungen der vorwärtsstrebenden Arbeiterschaft ab, nicht etwa, weil sie nicht berechtigt sind, sondern weil sie auf die Gleichgültigkeit der großen Masse hoffen, weil noch viele fern stehen. — Kollegen! Sorgen wir deshalb dafür, daß die Untergangskampagne bald verschwindet, trage jeder an seinem Teile dazu bei, auch den letzten Mann für den christlichen Metallarbeiterverband zu gewinnen. Erst dann wird die Verwaltung mit uns zu rechnen haben, und unseren berechtigten Forderungen entsprechen.

Deshalb Kollegen! Jetzt vorwärts in der Agitation! Schließt die Reihen. Denn nur Einigkeit macht stark.

Osberg. Am 1. Januar hielt unsere Ortsverwaltung unter der Leitung unseres Bezirksleiters, Kollege Girshofer, ihre Generalversammlung ab. Kollege Bollmer erstattete den Jahresbericht. Danach betrug unsere Mitgliederzahl am 1. Januar 1910 155. Im Laufe des Jahres hatten wir 37 Neuaufnahmen zu verzeichnen, denen ein Verlust von 27 Mitgliedern gegenübersteht; unsere Mitgliederzahl hat sich also um 10, von 155 auf 165 gehoben. Die Gesamteinnahmen der Hauptkasse betragen aus Mitgliederbeiträgen 4488,80 M., an Zuschuß für Streiks 12 100 M. Die Ausgaben für die Hauptkasse betragen 14 579,87 M. an die Hauptkasse abgesandt wurden 2008,93 M. Der Bestand der Lokalkasse betrug am 1. Januar 1910 1308,40 M.; die Einnahmen der Lokalkasse im Berichtsjahre 1489,72, in Summa 2798,12 M. Die Ausgaben der Lokalkasse betragen im Berichtsjahre insgesamt 2533,10 M.; mithin verbleibt der Lokalkasse ein Bestand von 265,02 M.

An Versammlungen wurden abgehalten: 3 öffentliche, 12 Mitglieder- und 15 Werkstättenversammlungen; außerdem noch 17 Vorstand- und Vertrauensmännerversammlungen. An Lohnbewegungen hatten wir einen Abwehrkampf mit 9 Wochen Dauer zu verzeichnen, an welchem 131 Mitglieder unserer Ortsverwaltung beteiligt waren. Im Berichtsjahre waren 34 Krankheitsfälle zu verzeichnen; es handelte sich dabei um Rheumatismus in 13, Lungenkrankheiten in 7, Infuenza in 5, Unfälle in 4, Nippenfellentzündung in 2 und sonstige Erkrankungen in 3 Fällen.

Die Vorstandswahl ergab die Wahl der Kollegen: Heinrich Zmühl zum 1. und Wilhelm Becker zum 2. Vorsitzenden, Josef Gideler zum 1. und Aug. Stramann zum 2. Schriftführer, Heinrich Bollmer zum Kassierer und Heinrich Ruther II und Wilhelm Ruther II zu Beisitzern.

Kollegen von Osberg und Umgebung! Für das Jahr 1911 muß unsere Parole lauten: Mit verdoppeltem Eifer an die Arbeit, zur weiteren Stärkung unseres Verbandes; je stärker unsere Organisation, um so erfolgreicher wirkt sie für die Hebung und Besserung unserer Lage.

Mühlhausen (Etsch). Zu einem Familienfeste im wahren Sinne des Wortes hatten sich unsere Kollegen mit ihren Angehörigen am Samstag, den 14. Januar zahlreich zusammengefunden. Wenn das Festesfeiern auch nicht zu dem Aufgabenkreis der christlichen Gewerkschaften gehört, so ist doch eine derartige Feier hin und wieder angebracht, um die Frauen mit der christlichen Gewerkschaftsbewegung bekannt zu machen. Letzteres hat denn auch unser Festredner, Bezirksleiter Bäcker, besorgt, indem er in seiner Festrede das Thema: „Die Bedeutung der christlichen Gewerkschaften für den Arbeiter und die Arbeiterfamilie“ behandelte. Von der Notwendigkeit der Gewerkschaften im allgemeinen ausgehend, begründete er die Notwendigkeit der Gründung von christlichen Gewerkschaften. In leicht verständlicher Weise machte Kollege Bäcker den Kollegen und den anwesenden Frauen klar, wie die ganze Tätigkeit der christlichen Gewerkschaften und die Opfer, die für dieselben gebracht werden müssen, nicht allein vom Arbeiter, sondern auch von der Arbeiterfamilie, einzig und allein im Interesse des Arbeiterstandes liegen und somit auch im Interesse der Arbeiterfamilie, mit der die Arbeiterfrau ebenso eng verbunden ist als wir der Arbeiter. Mit einer warmen Aufforderung an die Mitglieder, unermüdet im Kampfe um unsere christliche Metallarbeiterfrage auszuhalten und mit der Bitte an die Frauen, ihren Männern nicht nur keine Schwierigkeiten bei der Ausübung ihrer Organisationspflichten zu machen, sondern sie im Kampfe um das Wohl der Arbeiterfamilie zu unterstützen, schloß Kollege Bäcker seine Ausführungen, die mit großem Beifall aufgenommen wurden.

Hoffentlich hat diese Veranstaltung mit dazu beigetragen, das kollegiale Verhältnis unter unseren Kollegen in Mühlhausen noch mehr zu vertiefen, um nun bestmöglich und geschlossener den heißen Kampf um unsere gute Sache führen zu können.

Schwab-Gmünd Unsere jährliche Generalversammlung freute sich eines guten Zuspruchs. Die umfangreiche Tagesordnung fand eine glatte Erledigung. Dank der verständnisvollen und eifrigen Mitarbeit der Vertrauensleute und Mitarbeiter war es möglich, schon am 2. Januar die Abrechnung vom 4. Quartal fertigzustellen. Eingehend behandelte der Geschäftsbericht des Vorsitzenden das äußere Verbandsleben, wie die innere Verwaltungstätigkeit. Eine Frage von allgemeinem Interesse sei die Veranziehung und Gewinnung neuer Industriezweige für Gmünd. Die Frage wurde vom Ortsratler angeregt und öffentlich zur Förderung gebracht. Durch einen diesbezüglichen Antrag an den Gemeinderat. Diese Bestrebungen seien aus dem christlichen Metallarbeiterverband unterstützt worden. Wenn der Erfolg dieser Bestrebungen auch noch nicht ersichtlich ist, so dürfte doch mit einem solchen geredet werden, nachdem sich auch andere einflussreiche bürgerliche Organisationen mit der von uns ins Rollen gebrachten Angelegenheit beschäftigt. Durch die Entlassung mehrerer Kollegen wurde die Frage der Einführung einer kommunalen Arbeitslosenversicherung auch für Gmünd spruchreif. In einer Resolution wurde die Verwaltung beauftragt, die geeigneten Maßnahmen zu treffen, um ein entsprechendes Resultat dieser Forderung zu erzielen. Eine mit einwandfreiem Problemmaterial versehenen Einlade an den Gemeindevor-

rat sollte uns diesem Ziel näher bringen. Anfänglich sahien es, als ob der betreffende Antrag in dem „unerschütterlichen“ Papierkorb verschwunden sei, bis Kollege Schabel im Gemeinderat die Sache aufgriff. Die daraus entstandene Debatte sollte allerdings keinen Hoffnungsstimmer hochkommen lassen, die Arbeitgebergemeinderäte sprachen sich sämtlich dagegen aus, die Herren Gemeinderäte wollten so recht nicht anpacken, ganz es doch, einen „christlichen“ Antrag durchzusetzen und damit hat es bei den Genossen immer seine eigene Bewandnis. Inzwischen verlor ich jedoch, daß der Antrag tatsächlich Aussicht auf Anerkennung und praktischer Durchführung habe. Der Erfolg wäre um so bedeutender, als selbst der Herr Oberbürgermeister anlaute, die Stadt könne die finanzielle Belastung des Antrages nicht aushalten.

Die Lohnbewegung in der Gmünder Edelmetallindustrie fand ihre umfassende Darstellung in der Verbandsorgan (Nr. 33, 40, 41, 42, 44). Das von uns zur Abwehr herausgegebene Flugblatt wartet noch heute auf eine Erwiderung. Interessant ist eine Parallele zwischen der Pforzheimer und Gmünder Bewegung. In Gmünd, wo die so bitter gehähten Christen dominierend in Frage kommen, wird, wenn auch nicht auf der ganzen Linie, auf Grund des maß- und tatvollen Eingreifens, eine Lohnhöhung von 2-7 Pfg. pro Stunde zugestanden, ohne Kampf! In dem „hochheiligen Pforzheim“ dagegen, wo der „deutsche“ Metallarbeiterverband sich als „alleinherrschender Machtfaktor“ gerierte, wach durch einen unsmüngen Kampf nicht nur nichts erreicht, sondern die Arbeiter werden obendrein noch schwer geschädigt. Die richtige Anwendung daraus zu ziehen, kann für den denkenden Arbeiter nicht schwer sein.

Das Gewerkschaftsleben spielte sich in 8 öffentlichen, 9 Fabrik- und 13 Mitgliederversammlungen ab. Vorstand- und Vertrauensmännerversammlungen fanden 20 statt. Verhandlungen mit Arbeitgeberern wurden 15, teilweise mit sehr beachtenswerten Erfolgen gepflogen. Auf dem Büro verkehrten annähernd 5000 Personen. Zur geschäftlichen Erledigung standen 317 Fälle bei Kranken-, und 161 Fälle bei Arbeitslosenunterstützung, Abrechnungen mit den Untertassierern waren 419 erforderlich. An Korrespondenzen liefen aus: 244 Briefe, 187 Karten, 15 Antwörungen, 528 Drucksachen und Geschäftsbriefe und 3 Pakete. Eingaben und Beschwerdebriefen wurden 42, Artikel 23 angefertigt, ebenso ein tierseitiges Flugblatt, welches in einer Auflage von 10 000 Stück verbreitet wurde.

Der Kassenbericht vom 4. Quartal 1910 weist auf an Einnahmen für die Zentrale: 4 306,97 M., Ausgaben 3 063,05 M.; Lokalkasse Einnahmen: 723,62 M., Ausgaben: 630,33 M.; Bestand demnach 92,74 M. Der Kassenbericht des Jahres 1910 bringt folgende Zahlen: Die Gesamteinnahmen der Zentrale betragen 15 755,31 M., die Ausgaben die sich u. a. aus folgenden Posten zusammensetzen: 15 bezw. 10 % an die Lokalkasse 3385,12 M., Unterstützung bei Krankheit 2501,53 M., bei Arbeitslosigkeit 3066,88 M., bei Unzug 20 M., Maßregelungs- und Bewegungskosten 488,23 M., Notfall 30 M., Sterbegeld 110 M., zusammen 11 322,55 M. (An die Hauptkasse gingen 3100 M.)

Die Lokalkasse verfügte über Einnahmen von 3614,89 M., denen 3460,86 M. Ausgaben gegenüber standen, darunter Kartellbeiträge 138,42 M. Mit die Bezirkskasse für 3 Quartale 1234,62 M. Der Geschäfts- und Kassenbericht schloß sich noch ein eindringlicher Appell an, in der Agitation nicht zu erlahmen, ganz besonders gelte es im kommenden Jahre, die Jugend zu gewinnen, nachdem der Verband entsprechende Einrichtungen für diese geschaffen habe, wenn auch der effektive Mitgliederstand keine Abwechslung erfahren habe, befriedigen könne das Resultat der Agitation keineswegs. Wie notwendig aber ein starker christlicher Verband sei, zeige besser als Worte der Kampf in Pforzheim. Der Bericht rief eine lebhaft Diskussion wach, die sich mit der Heranziehung neuer Industriezweige, mit der Agitation, wie mit Pforzheim beschäftigte.

Unter allseitigen Zustimmungsbündigungen konnte der Vorsitzende betonte, daß durch den Ausbruch des Pforzheimer Kampfes nicht der Gewerkschaftsgebante an sich eine Niederlage erlitten habe, sondern die von Größenwahn und Machtdünkel diktierte Taktik des Genossen Vorhölzer. So grobe Verstöße gegen Moral und vernünftige Geschäftstaktik seien kaum bei irgend einer Bewegung zu verzeichnen gewesen, wie gerade in Pforzheim.

Bei Punkt Neuwahlen wurde der alten Verwaltung durch einstimmige Wiederwahl volles Vertrauen votiert, ebenso der Kartelldelegierten. An Stelle des Kollegen Bogt wurde Kollege Lambert in den Vorstand gewählt.

Unter Punkt Anträge wurde ein solcher des Kollegen Körner gutgeheißen. Der Antrag geht dahin, der Arbeitgeberverband solle seinen Mitgliedern nahelegen, die bis-herigen Feiertage an Fastnacht- und Kirchweihdinstag auf den Montag zu verlegen. Die Verwaltung wurde mit der weiteren Verfolgung der Sache beauftragt. Nach Beantwortung einer Anfrage, bezüglich Unterstützungsstellen, schloß der Vorsitzende mit einem ansehnlichen Schlusswort die von einmütigen Geiste getragene Verhandlung nach stündiger Dauer. Die Fortsetzung in den Sektionen am folgenden Tag litt teilweise unter den Veranstellungen anderer Vereine, ein Umstand, der die gewerkschaftliche Betätigung allgemein erschwert. Nichts desto weniger soll im neuen Vereinsjahr die Parole für alle Kollegen die sein, mit festem Mut und unerschöpfen und unermüdet in Dienste des christlichen Metallarbeiterverbandes vorwärts!

Triberg. Am Sonntag hielt unsere Ortsgruppe ihre Generalversammlung ab, die gut besucht war. Aus dem Tätigkeitsbericht ist zu entnehmen, daß der Mitgliederzuwachs, besonders an jugendlichen Kollegen, gute Fortschritte macht. Die Einnahmen der Zentralkasse betragen bis auf 1595 Mark, die Ausgaben auf 600,65 Mark. Die Einnahmen der Lokalkasse waren daher dringend nötig. Das alle Vorstand wurde mit wenigen Ausnahmen wiedergewählt. Hieran hielt Kollege Gengler-Pforzheim einen Vortrag über das Thema: Die letzten wirtschaftlichen Kämpfe in der Metallindustrie und welche Lehren ziehen wir daraus. Da Unstündigem Referat gab der Redner ein Bild dieser Kämpfe, insbesondere der Bewegung in der Pforzheimer Edelmetallindustrie, die durch die allen gewerkschaftlichen und moralischen Prinzipien im Hinblick auf die Stellung der jetzt demselbst in Streikentzug. Leider mit einer jäheren Niederlage der Arbeiter geendet hat. Für die christliche Arbeiterschaft gilt es nun, die richtigen Lehren daraus zu ziehen. Nur durch ein Parke-

christliche Organisation wird der Arbeiterschaft die Gewähr geboten, daß ihre Interessen in der richtigen Weise gewahrt werden. Gerade die Lizen- und Metallarbeiter des Schwarzwalbes haben allen Grund, die Organisation zu stärken. Wenn die Unternehmer sogar in der Zeit der guten Konjunktur mit Lohnabzügen an die Arbeitercheranzen, so zeigt das, wie die Arbeitgeber die Arbeiter einschüchtern. Durch die verschiedenen Maßnahmen der Fabrikanten, hat sich verschiedenerorts die Lage der Arbeiter noch verschlechtert. Wenn der Bericht der Notweiser Handelskammer zur Lage der Uhrenindustrie schreibt, daß eine Erhöhung der Verkaufspreise notwendig sei, so kann die Arbeiterschaft gleichfalls mit Zug und Recht ebenfalls sagen, daß auch für sie eine Erhöhung ihres Verkaufspreises, in diesem Falle ihrer Arbeitslöhne, dringend notwendig ist. Das kann aber nur durchgeführt werden, wenn alle Kollegen mit mehr Begeisterung, Opferwilligkeit und Tatkraft in die Agitationsarbeit eintreten. Einweg mit der ihmzeit Resignation, deshalb im neuen Jahr mit neuer Frische an die Arbeit, dann wird auch für uns die Zeit der Ernte kommen.

Der Vorsitzende, Kollege Rapp, schloß sich den wirkungsvollen Ausführungen des Kollegen Gengler an und schloß dann mit einem Appell an die Kollegen zur eifrigen Mitarbeit die gut verkaufene Generalversammlung.

Willingen. Seit Jahr und Tag beklagen sich die Arbeiter der Schwarzwalder Uhrenindustrie über ihre Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Takt einer Besserung, die durch die teuren Lebensverhältnisse in vielen Schwarzwalder Industrieorten nur zu notwendig ist, ist mancherorts eine Verschlechterung zu verzeichnen. Einzelne Betriebe zeichnen sich in sehr unlesbarer Weise dadurch aus, daß sie mit allerlei schändlichen Maßnahmen gegen die Arbeiter vorgehen.

Für heute müssen wir uns leider u. a. mit der Uhrenfabrik Willingen, Aktiengesellschaft, befassen. Da sind einmal Klagen über verjährte Lohnabzüge zu verzeichnen. Wenn ein Arbeiter dort glaubt, er hätte in der Woche durch seine Arbeit so und soviel verdient, muß er es sich gefallen lassen, daß man ihm am Zahltag einfach sagt, die Firma könne nicht mehr so viel geben. So sind hier Lohnabzüge bis zu 10 % vorgekommen. Bald da bald dort wird den Einzelnen etwas abgezwickelt. Man sollte es nicht für möglich halten, daß bei in anbetend der tief harniederliegenden Lohnverhältnisse, überhaupt noch vollkommen könne. Sind doch im großen und ganzen, mit wenigen Ausnahmen, nur Akkordlohnverhältnisse im Betrage von 16-20 Mark zu verzeichnen. Ältere Arbeiter werden noch mit Tagelöhnen von 2,20-2,50 M. abgespeist. Wie damit bei den heftigen teuren Lebensverhältnissen ein Familienverder durchkommen soll, ist einfach ein Rätsel. Noch schlimmer sieht es mit den weiblichen Arbeitern aus. Stundenlöhne von 15-19 Pfg. Dabei ist letzterer Satz schon ein Ausnahmehohn. Dazu kommen noch Abzüge nach Willkür. Eine besondere Einrichtung besteht in den Reparaturzetteln. Uhren mit Fehlern bekommt der Reparaturman Anscheffern. Dafür erhält dieser pro Stück 2 1/2 Pfg. Dem betr. Bestandemacher oder Zusammensetzer seher werden aber 5 Pfg. pro Stück abgezogen. Dabei sind die meisten Fehler auf das schlechte Material zurückzuführen, welches die Arbeiter verarbeiten sollen. Das Strafsystem scheint hier ebenfalls sehr üppige Blüten. Des morgens geht der Betriebsleiter, zugleich Werkmeister, schon am Eingang und wartet darauf, ob nicht einer einige Minuten zu spät kommt, um ihn gleich mit 20 Pfg. Strafe zu bestrafen. Wenn aber ein Arbeiter eine Viertelstunde länger arbeitet, so heißt es, das ist nicht der Rede wert. Bezahlung nichts. Weitere Strafen gibt es wegen Sprechen im Betrieb, pro Fall 20-30 Pfennig. Die Behandlung läßt auch sehr zu wünschen übrig. Anschauungen, Nichtanhörung von Beschwerden, sind da zu verzeichnen. Auch in hygienischer Beziehung sind Missstände vorhanden. Mangelnde schnelle Hilfe bei Unglücksfällen, schlechte Ventilationseinrichtungen, teilweise gar keine. Ein eigentlicher Waschraum ist, trotz der schmutzigen Arbeit, nicht vorhanden. Als solcher dient ein zugedrehter Trog. Der Ankleideraum der Frauen befindet sich unter der Treppe. Darin ist nur Platz für 5 Personen. Beschäftigt sind 35-40 Arbeiterinnen. Prozenste für Ueberstunden werden trotz früherer Abmachung nicht bezahlt. Kein Wunder, daß in Anbetracht solcher „glänzender“ Verhältnisse sich die Klagen stets häufen und der Arbeitertwechsel immer stärker wird. Wenn man den Arbeitern gegenüber geäußert hat: Nach Weihnachten werdet ihr froh sein, wenn ihr noch schaffen dürft, so wirkt dies ein sehr bezeichnendes Licht auf die dort geäußerten Anschauungen: es wäre zu wünschen, daß diese einer baldigen Revision unterzogen würden. Auch wäre es gut, wenn die Herren Aktionäre einmal um dem Nachen sähen. Aber auch die Arbeiterschaft ist zum großen Teil schuld daran, daß solche Missstände eintreten konnten. Nicht durch Worte und Klagen allein kann dem abgeholfen werden, sondern nur durch die Tat, das ist der sofortige Anschluß an den christlichen Metallarbeiterverband.

Schweidwitz Die hiesige Ortsgruppe des christlichen Metallarbeiterverbandes hielt am Sonnabend, den 21. Januar im goldenen Schwert ihre Generalversammlung ab. Dieselbe war außerordentlich zahlreich besucht. Der erste Vorsitzende, Kollege Müller, begrüßte die Ordnenen und forderte sie auf, im neuen Jahre nicht nur treue Mitglieder zu bleiben, sondern ein jeder müsse auch nach außen hin seine Tätigkeit entfalten, um zur Hebung und Förderung unserer Organisation beizutragen. Aus dem nunmehr vom Vorsitzenden erstatteten Jahresbericht ist zu ersehen, daß beim Beginn des Jahres 1910 unsere Zahlstele 31 Mitglieder zählte, neu hinzugetreten sind 8 Mitglieder, darunter 3 Uebertritte aus anderen Verbänden, sodas beim Beginn des neuen Vereinsjahres 42 Mitglieder der Zahlstele angehören. Die Gesamteinnahme betrug im Berichtsjahre 895,25 M., denen 300,65 M. Ausgaben gegenüber stehen, so daß an die Zentrale 595,60 M. abgesandt werden konnten. An Krankenunterstützungen wurden 110,50 M., Sterbegeld 20 M. ausbezahlt. Bei der nunmehr getätigten Vorstandswahl erfolgte die Wiederwahl des bisherigen Vorstandes. Schlußes wurde sodann, jeden 1. Sonnabend im Monat eine Versammlung abzuhalten und im Anschluß daran eine Diskussionssunde zu veranstalten, um die Mitglieder aktiver auszubilden und sie zu befähigen, gegebenenfalls den Gegnern wirksam gegenüber zu treten und so im Interesse der Förderung unserer Organisation arbeiten zu können. Wenn auch unsere Zahlstele noch kein ist,

So ist doch das erfreuliche Ergebnis zu konstatieren, daß wir langsam, doch stetig wachsen und uns in den Kreisen der Gegner Geltung verschaffen. Mit den besten Wünschen, daß auch im neuen Jahre unsere Mitglieder Mann für Mann treu zur Fahne halten und rege Betätigkeit entfalten, wurde die anregend verlaufene Sitzung mit einem frohlichen „Gut!“ im neuen Jahre! geschlossen.

Soziales.

Einwanderung und Kartenaustausch bei den Landesversicherungsanstalten.

Da die Invalidentarian jedes Versicherungsjets an die Landesversicherungsanstalt geschickt werden müssen, bei denen für die betreffenden Versicherten die Invalidentarie ausgestellt worden ist, so lassen sich bei diesem Kartenaustausch auch Beobachtungen über die Binnenwanderung machen. Solche Beobachtungen über die Binnenwanderung sind nach einer solchen erschienenen Veröffentlichung im Jahre 1908 von den bayerischen Landesversicherungsanstalten angefordert worden. Von den bayerischen Landesversicherungsanstalten sind im Jahre 1908 63 492 Karten von außerbayerischen Versicherungsanstalten abgegeben worden, wogegen die bayerischen Versicherungsanstalten 116 944 Invalidentarien von außerbayerischen Anstalten erhielten. Demnach waren in Bayern 63 492 Personen eingewandert und 116 944 Personen fortgewandert. Bayern hatte demnach einen Wanderungsverlust von 53 452 Personen. Im einzelnen wurden folgende Wanderungsergebnisse ermittelt: Nach Sächsisch-Maschau waren 21 529 Personen gewandert, dagegen waren von dieser Provinz nur 4816 Personen zugewandert, nach Baden waren 18 677 Personen gewandert, von dort waren 9928 Personen gekommen, einer Einwanderung von 15 572 Personen nach Württemberg stand eine Zuwanderung von 12 803 Personen gegenüber, nach der Rheinprovinz waren 14 039 Personen gezogen, die Zuwanderung aus der Rheinprovinz stellte sich dagegen auf 5842 Personen. Einen Wanderungsgewinn hatten von allen bayerischen Landesstellen nur Oberbayern mit München und Mittelfranken mit Nürnberg.

Die Gesellschaft für Soziale Reform

Lenkte am 6. Januar ds. J. auf das erste Jahrzehnt ihres Bestehens zurück. Am 6. Januar 1901 wurde ihre Gründung in einer öffentlichen Versammlung im Architektenhaus in Berlin vollzogen. Den äußeren Anstoß zu dieser für die spätere deutsche Sozialpolitik bedeutungsvollen Gründung gab die löse Verbindung einer Anzahl von Sozialpolitikern mit dem Zweck, die im Juli 1900 in Paris abgehaltene internationale Arbeiterkongress durch deutsche Delegierte zu beschicken. Diese gelegentliche Zusammenkunft erzeugte dann den Plan, eine dauernde Vereinigung von Männern der verschiedensten Richtungen und Berufe ins Leben zu rufen, die auf dem Boden der kaiserlichen Grundgesetze von 1881 und 1890 eine Fortführung der sozialen Reform betreiben wollten. Gemäß den von der Gründungsversammlung beschlossenen Satzungen ist der Zweck der Gesellschaft ein doppelter: 1. durch Aufklärung in Wort und Schrift die soziale Reform auf dem Gebiete der Arbeitnehmerfrage in Deutschland zu fördern, und zwar sowohl durch den weiteren Ausbau der Gesetzgebung als auch durch die organisierte Selbsthilfe der Arbeitnehmer; 2. als deutsche Sektion der internationalen Vereinigung für gegenseitigen Arbeiterschutz deren Bestrebungen nach Kräften zu unterstützen.

Die Gesellschaft hat sich von Anfang an auf streng wissenschaftlich-wissenschaftlichen Standpunkt gestellt und diesen Charakter auch bis heute gewissenhaft gewahrt. Hervorragende Männer der verschiedensten bürgerlichen, politischen und religiösen Richtungen waren an den Beratungen wie an der Gründung beteiligt und wählten auch heute noch an der Gründung der Gesellschaft Ziele einträchtig in dieser Vereinigung zusammen.

Sie gehören der Gesellschaft für Soziale Reform 233 Körperschaften und 1475 Einzelpersonen als Mitglieder an. Unter den korporativen Mitgliedern sind auch eine Anzahl Arbeiter- und Angestelltenorganisationen. So der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften, die Sächsisch-Maschauer Gewerkschaft, die evangelischen Arbeitervereine und mehrere Arbeitervereineorganisationen. Die Sozialbewegung, sowohl von Partei- wie Gewerkschaftseite, haben sich von der Vereinigung ferngehalten, obwohl ihrer Mitarbeit keinerlei Hindernisse in den Weg gelegt wurden.

Der die Arbeit der Gesellschaft für Soziale Reform in ihrem ersten Jahrzehnt überblickt und oberhalb stehend, wird ihr die Anerkennung nicht bezweigen können. In allen wichtigen sozialen Problemen hat sie Stellung genommen, aufstrebende Fragen gelöst. Mit überzeugender Autorität hat sie, den gegebenen Umständen den Weg gebahnt wie den anderen Nachdruck verliehen. Die zehn Jahre auf die die Gesellschaft für Soziale Reform heute zurückblickt, sind Jahre emsiger, nicht fruchtloser Arbeit gewesen. In der ersten Zeit hat sie sich auf die Lösung sozialer Probleme im allgemeinen, im Besonderen auf die soziale Frage, konzentriert. Sie hat vornehmlich, anregend, fördernd den Gang

der Sozialpolitik in Deutschland begleitet. Und sie hat sich nicht minder bemüht, die andern Industriestaaten auf die gleiche Höhe des Arbeiterschutzes wie Deutschland zu bringen, um einen Ausgleich der Produktionsbedingungen anzubahnen. Dabei habe es der Gesellschaft für Soziale Reform auch an Gegnern nicht gefehlt. Von rechts wird sie befehdet, weil sie angeblich nur einseitig den Interessen der Arbeiter diene, und von links, wo man ihr Begünstigung der Unternehmer vorwirft. „Das hat sie nicht angefochten und wird sie nicht beirren. Ruhig und planmäßig steht die Gesellschaft, gestützt auf das Vertrauen ihrer Freunde, ihre Arbeit fort, mit der sie dem Gemeinwohl, der Kräftigung von Reich und Staat, der Förderung der Kultur, der Hebung der Massen zu dienen bemüht ist.“

Der Gewerkschaftler, soweit er eine gemeinsame soziale Arbeit der verschiedensten Gesellschaftsklassen für zweckdienlich oder notwendig hält, wird die Tätigkeit der Gesellschaft für Soziale Reform aufrichtig begrüßen und sie nach Möglichkeit zu unterstützen und zu fördern suchen. Das ist gegenseitig um so notwendiger, da die Sozialgesetzgebung in ihrem weiteren Ausbau auf besonders große Schwierigkeiten stößt und nicht vom Fleck kommen will. Hoffen wir, daß das begonnene zweite Jahrzehnt der Gesellschaft für Soziale Reform nicht nur Jahre emsiger Arbeit, sondern auch reichen positiven Erfolg bringen möge.

Brüderkasten.

Kollege F. O. Dittlerleben. Für die Jugendlichen gilt dasselbe, wie für die älteren Kollegen. Solange für den oder die dort in Frage kommenden anderen Berufe eine Zuspitze der entsprechenden christlichen Verbände nicht besteht, können und sollen solche Kollegen sich einer Ortsgruppe anschließen.

In Mehrere. Einige Generalversammlungsberichte mußten für die nächste Nummer zurückgestellt werden. Bei allen, für das Organ bestimmten Eingendungen soll das Papier nur auf einer Seite und nicht zu eng beizurichten sein.

Literarisch.

Der Arbeitsvertrag v. L. Guariguet. P. G. G. Superior des Priesterseminars in Arignon. 27. Bänden der Sammlung „Wissenschaft und Religion“. In 84. 88 Seiten, broschiert 0.50 M. Verlag von J. E. De Roux und Cie. Strasbourg i. E.

Das kleine Schriftchen stellt eine Art Leitfaden dar, indem es die Ergebnisse der Diskussion über das wichtige Gebiet in kurzen Abschnitten, man könnte fast sagen, „Schnitzfäden“, zusammengefaßt. Die Einteilung ist folgende: 1. Entstehung, Gegenstand und Wesen des Arbeitsvertrages (7. Kapitel). 2. Der Arbeitsvertrag und die Intervention des Staates (3. Kapitel). 3. Der Arbeitsvertrag und die Kirche (6. Kapitel). Es ist ein katholischer Theologe, der aus dem Schriftchen spricht und zwar unter harter Kennzeichnung des französischen (individualistischen) Standpunktes, was besonders bei der Besprechung der Frage des staatlichen Eingreifens zum Ausdruck kommt. Wer, namentlich von unseren katholischen Mitgliedern, mit diesen Eingendungen das Büchlein benutzt, wird manches Interessante in demselben finden.

Versammlungs-Kalender.

Kollegen und Kolleginnen! Verärrmt ohne triftigen Grund keine Versammlung!

Amburg. Donnerstag, den 2. Februar nachm. 1/3 Uhr bei Koll. Reymann (Badgarten) Betriebsversammlung für die Koll. von Dachsen und Gieserei. Ref. Koll. Konrad. Die Auszahlung von Unterstühtungen erfolgt nur mehr am Samstag von 6 bis 8 Uhr abends.

Angsburg. Samstag, den 18. Februar Versammlung in der „Goldenen Glode“. Vortrag: Kritik der Seiten von Karl Marx.

Barmen. Samstag, den 11. Februar, abends 8 1/2 Uhr bei Siederemann, Oberbörnen 69, Generalversammlung. Am 18. Febr. abends 8 1/2 Uhr Städteliedervortrag (120 Bilder) im Gesellenhaus, Generalsekretär. 51.

Bromberg. Sonntag, den 5. Februar, nachmittags 2 Uhr Versammlung mit Referat des Kollegen Schümmel-Danzig — für die Jugendabteilung in der Wohnung des Kollegen Nischel, Freitagstr. 2 Grodenhof; — nachmittags 5 Uhr Mitgliederversammlung mit Frauen im Versammlungssaal Kroder. 4. Schule im Brunnental. Tagesordnung: 1. Geschäftsbericht, 2. Referat des Vorsitzenden Kollegen Schümmel-Danzig, 3. Berichteneses Es wird erwartet, daß die Kollegen zahlreich und pünktlich erscheinen und auch beher voren wollen das ihre unorganisierten Kollegen ebenfalls erscheinen. Kollegen! Zeigt einmal euren Willen. Auf zur richtigen Zeit!

Brodsk. Sonntag, den 5. Februar, vorm. 11 1/2 Uhr Versammlung in der „Stadt Kömmer“.

Vodowöhr. Sonntag, den 5. Februar Generalversammlung mit Neuwahl des Vorstandes. Kollege Konrad wird einen Vortrag halten.

Chemnitz. Samstag, den 4. Februar Generalversammlung. Gleve. Samstag, den 18. Februar, abends 8 1/2, im Gewerkschaftshaus bei Pauls am großen Markt Mitgliederversammlung mit Vortrag.

Einolaten. Sonntag, den 5. Februar morgens 11 Uhr bei Hüttenberg Mitgliederversammlung mit Vortrag. Unorganisierte mitbringen.

Dg-Grodenbaum. Sonntag, den 5. Februar, morgens 11 Uhr bei Groß (fr. Poststation) Mitgliederversammlung.

Quidburg-Rheinhausen. Sonntag, den 5. Febr. abends 7 Uhr Versammlung bei 1. 15.

Quidburg-Herdinger. Sonntag, den 12. Febr., abends 7 Uhr bei Groß Mitgliederversammlung mit Frauen.

Quidstedt. Sonntag, den 5. Februar, nachmittags 3 Uhr im ersten Saal des Landhauses, Ludwigsstr. 65. Generalversammlung der Betriebsvereine. Tagesordnung: Jahres- und

Quartalsbericht, Neuwahl der ausscheidenden Vorstandsmittelglieder, Kartelldelegierte, Mitglieder zum sozialen Ausblick, Beratung geheimer Anträge, sonstige Angelegenheiten. Die Mitglieder werden ermahnt pünktlich und regelmäßig zu dieser, für die weitere Entwicklung äußerst wichtigen Veranstaltung zu erscheinen.

Eisenach. Samstag, den 11. Februar abends 8 1/2 Uhr bei Person in der Klempa.

Emmerich. Nächste Mitglieder-Versammlung Sonntag, den 19. Februar morgens 11 Uhr bei Bunnardt.

Erkelenz. Sonntag, den 5. Februar abends 6 Uhr im Lokale des Gewerkschaftshaus.

Erkenchtwick. Versammlung am 10. Februar 7 1/2 bei Müller.

Essen-Dortrop. Donnerstag, den 2. Februar nachm. 5 Uhr Versammlung mit Domilienangehörigen.

Essen-Hölschenhausen. Sonntag, den 5. Februar abends 3 Uhr Mitgliederversammlung mit Frauen im Restaurant Buchner, Hobeienstraße.

Essen-Vorbeck-Schönbeck. Sonntag, den 5. Februar morgens 11 Uhr Mitgliederversammlung mit sehr wichtiger Tagesordnung im Restaurant Mühlhof Germaniastr. in Vorbeck.

Essen-Siegingwerbe. (Schloffer, Schmiede, Klempner.) Samstag den 4. Februar abends 8 1/2 Uhr Mitgliederversammlung im christlichen Gewerkschaftshaus, Frohnhauserstr. 19.

Geisweid. Sonntag, den 5. Februar nachm. 8 1/2 Uhr Generalversammlung mit Vortrag des Koll. Gierz-Siegen. Das Erscheinen aller Kollegen ist Pflicht.

Schwab-Gmünd. Sonntag, den 5. Februar vorm. 10 1/2 Uhr Versammlung mit Vortrag im Evuar. Vereinshaus.

Grandenz. Montag, den 6. Februar abends 8 1/2 Uhr Generalversammlung mit Vorstandswahl und Vortrag des Kollegen Schümmel. Alle erscheinen.

Hedderheim. Sonntag, den 5. Februar, nachm. 4 Uhr Generalversammlung im Wäinzer Hof. Neuchenschaftsbericht, Vorstandswahl. Der Bezirksleiter wird anwesend sein. Zahlreiches Erscheinen Pflicht.

Hoven. Sonntag, den 5. Februar, nachm. 5 Uhr beim Wit Lambert Fink in Schilf Generalversammlung.

Höchst a. M. Sonntag, den 5. Februar nachm. 5 Uhr Generalversammlung im Gesellenhaus, Rahnstr. 6. Alle erscheinen.

Jugoliedt. Sonntag, den 5. Februar, vorm. 10 Uhr im Vereinshaus Generalversammlung; Jahres- und Kasienbericht, Beschlussefassung über Einführung einer monatlichen Lokalbeiträge, als Pflichtbeitrag neben den bestehenden wöchentlichen Lokalbeiträgen, Neuwahl des Vorstandes und Berichteneses. Vollzähliges Erscheinen ist Ehrenpflicht jeden Mitgliedes!

Karlruhe (Städt.). Samstag, den 4. Februar abends 7 1/2 Uhr Versammlung mit Vortrag im Restaurant Wollschlucht, Schützenstraße (Saal 2. Etod Seitenbau). Abrechnung der Frauenrente mit dem Hauptkassierer.

Kempen. Sonntag, den 12. Febr. morgens 11 Uhr bei Pafsch Mitgliederversammlung.

Langenbochum. Versammlung am 6. Februar 8 1/2 bei Strauß, Langendreer-Werne. Sonntag, den 5. Febr., nachm. 3 1/2 Uhr Versammlung bei Wiesmann.

Ludwigshafen. Sonntag, den 5. Februar nachm. 3 Uhr Generalversammlung mit Vorstandswahl im Gesellenheim.

Lüdenscheid. Die Versammlungen finden in Zukunft beim Hirt Diemer, Wilhelmstraße, jeden 1. Samstag im Monat statt. Nächste Versammlung 4. Februar.

Marzlich. Sonntag, den 5. Februar nachmittags 3 Uhr außerordentliche Mitgliederversammlung.

Milkingen. Sonntag, den 19. Februar nachmittags 4 1/2 Uhr Generalversammlung mit Vorstandswahl.

Mülheim-Saarn. Am 19. Februar morgens 11 1/2 Uhr Mitgliederversammlung mit Vortrag eines auswärtigen Redners.

Müspe. Sonnabend, den 11. Februar, abends 8 1/2 Uhr bei Herrn C. Rosendahl Unterhaltungsabend, bestehend in Konzert, Aufführungen, Vortrag, Gesangsliche Darbietungen und Verlosung.

Neheim Ortsverwaltung. Sonntag, den 12. Februar nachm. 4 Uhr Generalversammlung im Gesellenhaus. Quartalsbericht und Jahresbericht, Vorstandswahl. Vortrag des Bezirksleiters Fittscheier.

Neuntirchen (Bezirk Trier). Sonntag, den 5. Februar abends 8 Uhr im „Pferd“ jährliche Generalversammlung. Vorstandswahl. Wichtige Tagesordnung.

Neulde. Samstag, den 4. Februar abends 8 1/2 Uhr Generalversammlung bei Sommer. Kein Kollege darf fehlen.

Napcutburg. Donnerstag, den 2. Februar nachm. 4 Uhr Generalversammlung bei Hülsmann; 3 Uhr Vorstandswahl und Vertrauensmännerstimmung.

Northeim. Sonntag, den 12. Febr. nachm. 3 Uhr im Saal zum „Hir verbrä“. Generalversammlung. Jahresbericht und Neuwahl des Vorstandes. Mitgliedsbücher sind am Eingang vorzulegen.

Stuttgart. Sonntag, den 5. Februar nachm. 3 Uhr Generalversammlung im Lokal zum römischen König, Holzstr. 3. Alle erscheinen, da wichtige Tagesordnung.

Sveit. Sonntag, den 5. Febr. nachm. 5 Uhr Versammlung bei Brodt.

Walla. Sonntag, den 12. Febr. nachm. 3 Uhr bei Heim Generalversammlung mit Vorstandswahl. Mitgliedsbücher mitbringen. Erscheinen Ehrenpflicht aller Kollegen.

Wasseraffingen. Sonntag, den 12. Februar nachm. 3 Uhr Generalversammlung bei Deutel „Zum Röde“. Jahreschaftsbericht, Neuwahlen, Lokalfrage und Berichteneses. Der Bezirksleiter wird anwesend sein.

Werl. Sonntag, den 5. Februar nachm. 1 Uhr Versammlung im kath. Gesellenhaus. Ref. Koll. Jamer. Unorganisierte mitbringen.

Wesel. Jeden ersten Samstag im Monat Mitgliederversammlung bei Kestler, Schmidtstraße. Nächste Versammlung Samstag, den 4. Februar.

Zusatzmonteure
Schleusenmonteure

für dauernde Stellung bei gutem Verdienst zum sofortigen Eintritt gesucht. Schriftliche Meldungen unter Angabe bisheriger Tätigkeit sind zu richten an den

Christlichen Metallarbeiter-Verband
Berlin, Müdersdorferstr. 60.